

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 161. Dienstag, den 14. Juli 1914. 21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Die Erbschaftswahl in Koburg.

Durch die amtliche Beförderung des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Quard ist eine Erbschaftswahl im Wahlkreise Koburg erforderlich geworden. Die am Freitag stattgefundene Wahl hat das Ergebnis gezeitigt, daß die Nationalliberalen aus der Stichwahl verdrängt wurden, also den Kreis verlieren, und daß die Stichwahl auszukämpfen ist zwischen der Fortschrittlichen Volkspartei und der Sozialdemokratie.

Der kleine und vorwiegend ländliche Wahlkreis Koburg war früher meist Besitz der Freisinnigen. Bei einer Nachwahl im Jahre 1909, unter unmittelbarem Eindruck der schlechten Steuererlasse, gewann die Sozialdemokratie mit dem Genossen Ziesch zum erstenmal den Kreis. Bei den allgemeinen Wahlen im Januar 1912 ging der Kreis wieder verloren, und zwar diesmal an die Nationalliberalen, die von den Konservativen und dem Bunde der Landwirte unterstützt wurden; der weit rechtsstehende Nationalliberale Dr. Quard wurde in der Stichwahl gewählt.

Wie schon bei früheren Wahlen, so haben auch bei der jetzigen Wahl örtliche Angelegenheiten in diesem Wahlkreise stark mitgespielt. Der struppellose Ausnutzung kleinlicher Kirchturnsinteressen hat es die Fortschrittliche Volkspartei in erster Linie zu verdanken, daß sie zahlreiche Stimmen von den Nationalliberalen an sich ziehen konnte und daß andererseits auch die Sozialdemokratie einen Stimmenverlust erfahren hat. Auch hat die Persönlichkeit des fortschrittlichen Kandidaten wohl einen für diese Partei günstigen Einfluß gehabt. Ihr Kandidat Arnold ist seit 30 Jahren Präsident des Koburger Landtags und im ganzen Wahlkreise sehr bekannt.

Dem „Vorwärts“ werden aus dem Wahlkreise Koburg folgende Mitteilungen über den Verlauf des Wahlkampfes und über die Ursachen des wenig erfreulichen Wahlausfalles gemacht:

„Im wesentlichen dürfte der Ausgang der Wahl auf vier Gesichtspunkte zurückzuführen sein. Zunächst und hauptsächlich kommt in Betracht, daß von den Fortschrittlichen eine beispiellos und unsagbar verlogene Hege inszeniert worden ist gegen die Sozialdemokratie wegen der am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretenen Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden, die in diesem Wahlkreise ein außerordentlich großes Kontingent der Wähler stellen. Es herrscht in weiten Kreisen der Hausgewerbetreibenden eine ebenso große wie berechtigte Mißstimmung wegen zahlloser ungebührlicher und schändlicher Bestimmungen dieses Gesetzes. Trotzdem nun die Sozialdemokratie bekanntlich im Reichstag in schärfster Weise gegen diese Bestimmungen gestimmt und schließlich das Gesetz als Ganzes einmütig abgelehnt hat, während beide liberalen Parteien ihm zustimmten, vermochten es die Freisinnigen doch, die Sozialdemokratie als verantwortlich hinzustellen an all den zahlreichen Mißständen. Es war vergeblich, daß zahlreiche sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete, darunter die besten Kenner der Versicherungs-gesetze, wie der Genosse Gustav Hoch, eine energische Aufklärungsarbeit unter den Wählern unternahmen — die Hege der Freisinnigen triumphierte.

Als zweites Moment zur Erklärung des Wahlergebnisses ist die Agitation anzuführen, die der freisinnige Kandidat, der Fabrikbesitzer Arnold, der zugleich lange Jahre Präsident des Koburger Landtags ist, in Sachen der sogenannten Niederfüßbacher Stiftung betrieben hat. Es handelt sich bei dieser Stiftung um einen Streit der belgisch-koburgischen Prinzessinnen und dem belgischen Staat auf der einen Seite und dem Koburger Staat auf der anderen Seite. Der freisinnige Kandidat Arnold zog nun mit der Behauptung im Wahlkreise umher, daß, wenn er gewählt werde, der Steuerertrag dieser Stiftung im Betrage von jährlich einer Viertelmillion Mark dem koburgischen Staate zufließen werde. Bei der außerordentlichen Armut des Landes hatte auch diese Krähwinkelagitation einen außerordentlich großen Erfolg, trotzdem der Reichstag mit der ganzen Angelegenheit auch nicht das Allergünstigste zu tun hat.

Drittens kommt in Betracht, daß von den Freisinnigen mit einer Schlammsturm von Lügen und Verleumdungen gearbeitet wurde, wie sie kaum je da war. Neben den Wahlügen, neben immer erneuter Ausschüttung der bekannten Itatensätze, wurden auch neue Wahlwindbeulen ohne Zahl in Szene gesetzt. Besonders gütig die Freisinnigen trübten mit der angeblichen Sozialdemokratie, deren sich ein hervorragender Sozialdemokrat im Koburger Kreise schuldig gemacht haben sollte. Wie unsere Leser wissen, handelt es sich um eine

fast drei Jahrzehnte zurückliegende Tat eines damals blutigen Menschen, der soeben aus der patriotischen Brutanstalt, der Unteroffizierschule, entlassen worden war und von Sozialdemokratie und Sozialismus noch nie ein Sterbenswörtchen gehört hatte. Über das alles tat nichts. Auch diese Hege wirkte.

Endlich muß ganz besonders hervorgehoben werden, daß die freisinnigen Fabrikanten im Koburger Wahlkreise in den letzten Tagen und Wochen einen Wahlterrorismus ihren Arbeitern gegenüber ausgeübt haben, wie er kaum in Ostpreußen und Saarabien seinesgleichen findet. Den Arbeitern wurde vielfach der Besuch sozialdemokratischer Versammlungen rund heraus verboten, und mit Hilfe von Drohungen wurden die Arbeiter in freisinnige Versammlungen hineingetrieben.

Alle diese Umstände haben dazu beigetragen, daß die Stimmenzahl der Sozialdemokratie um einige Hundert zurückgegangen ist. Dabei hat es an hingehender Wahlarbeit unserer Parteigenossen nicht gefehlt. Die Genossen Reichstagsabgeordneten Ledebour, Antrieß, Albrecht und Baudert haben Versammlungen abgehalten und auch sonst ist alles erforderliche getan worden. Zu vergessen ist freilich nicht, daß unsere Parteipresse noch geringe Verbreitung in diesem Kreise hat und daß sowohl die politischen als auch die gewerkschaftlichen Organisationen erst verhältnismäßig schwach entwickelt sind.

Es wäre verfehlt, aus einer einzelnen Wahl weitgehende Schlussfolgerungen über den Stand der parteipolitischen Entwicklung im allgemeinen zu ziehen. Neben Umständen allerlei Art können leicht bewirken, daß eine Verschiebung um einige hundert Stimmen eintritt. Gleichwohl darf unserer Partei ein wenig günstiges Wahlergebnis nicht leicht nehmen. Die gefährliche Hege der Gegner mag gewiß nicht einflußlos auf gewisse Wählerschichten bleiben, aber schließlich muß unsere Partei mit solchen gegnerischen Kampfmethoden überall rechnen, und nicht selten haben gerade die gegnerischen Gehässigkeiten eine für uns günstige Wirkung gehabt. Es hätte schon erwartet werden können, daß der heftige Reaktionskurs der neuesten Zeit gerade der Sozialdemokratie hätte zugute kommen sollen. Andererseits ist freilich als verhältnismäßig erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die Wählerschaft in Koburg von der rechts stehenden Partei, von den mit den Konservativen verbündeten Nationalliberalen, am weitesten abgerückt sind. Die Reaktion hat am wenigsten Anlaß, mit dem Wahlausfall zufrieden zu sein.

Unsere Parteigenossen werden ihr Bestes tun, um die Stichwahl kraftvoll durchzukämpfen. Die Wahlergebnisse der letzten Wahlen im Wahlkreise Koburg waren folgende:

		Hauptwahlen:				
		1903	1907	1909	1912	1914
Natl.		3787	4437	3460	4740	3412
Fortsch.		3179	4128	3041	3540	5531
Soz.		3972	4306	6185	6199	5638
		Stichwahlen:				
Natl.		5906	7852	6654	7960	—
Soz.		5553	4780	7071	6998	—

In der Strafsache

gegen den Redakteur Johannes Stelling, geboren am 12. Mai 1877 zu Hamburg, wegen Beleidigung hat die Zweite Strafkammer des Landgerichts der freien und Hansestadt Lübeck und des Großherzoglich Oldenburgischen Fürstentums Lübeck zu Lübeck am 22. Mai 1914 für Recht erkannt:

Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung, begangen durch einen Artikel im „Lübecker Volksboten“ vom 4. März 1914, auf Grund der §§ 185, 200 St. G. B. zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt, an deren Stelle im Nichtbeitreibungsfalle für je 5 Mark ein Tag Gefängnis tritt. Der Angeklagte hat die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Dem Berliner Polizeipräsidenten wird die Befugnis zugesprochen, die Beurteilung auf Kosten des Angeklagten einmal auf der ersten Seite des „Lübecker Volksboten“ binnen einer Frist von 2 Monaten nach Rechtskraft des Urteils durch Veröffentlichung des verfügenden Teils des Urteils bekannt zu machen.

Die Richtigkeit der Abschrift der Urteilsformel wird beglaubigt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt.

Lübeck, den 23. Juni 1914.
Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.
(L. S.) gez.: Prüh.
Zur Beglaubigung.
(L. S.) Casper, Staatsanwaltschaftsaffizent.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Keine Heraushebung der pfändungsfreien Einkommensgrenze?

Im Reichsamt des Innern haben Beratungen über die gewünschte Heraushebung der pfändungsfreien Einkommensgrenze von 1500 auf 2000 Mark, mindestens aber auf 1800 Mark stattgefunden. Die Reichstagskommission hatte die Regierung um einen entsprechenden Gesetzentwurf gebeten. Zahlreiche Gruppen des Handels und der Industrie, ebenso der deutsche Handelstag, haben sich, so meldet der „Berl. Lokal-Anzeiger“, mit großer Mehrheit für die Beibehaltung des jetzigen Zustandes, besonders aber gegen die Erhöhung der Grenze auf 2000 Mark ausgesprochen.

Zeugen- und Sachverständigengebühren.

Vielfachen Wünschen entsprechend, hat die preussische Justizverwaltung sich bereit erklärt, nach Inkrafttreten der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige eine Anweisung an die Gerichtsschreibereien ergehen zu lassen, worin darauf hingewiesen wird, daß bei selbständigen Gewerbetreibenden und bei Angehörigen freier Berufe (Ärzten, Rechtsanwälten usw.) für die Berechnung der Gebühren ein Nachweis der Erwerbsverhältnisse nicht erbracht zu werden brauche, und daß die Frage, ob eine Erwerbsverhältnisse stattgefunden hat, nach freiem Ermessen zu beurteilen sei. Da Bayern und Sachsen denselben Standpunkt eingenommen haben, will jetzt das Reichsjustizamt mit den andern Bundesstaaten in Verbindung treten, um eine gleichmäßige Handhabung der Gebührenordnung in allen deutschen Bundesstaaten herbeizuführen.

Die preussische Justiz im Jahre 1913.

Im „Justizministerialblatt“ wird eine Zusammenstellung der wichtigsten Geschäfte bei den preussischen und Waldeckischen Justizbehörden für das Jahr 1913 veröffentlicht. Danach hatten die Amtsgerichte in Zivilsachen 2 282 553 Mahnsachen zu erledigen (im Jahre 1912: 2 016 250), ferner 1 811 318 (1 743 815) gewöhnliche Prozesse. Mündliche Verhandlungen haben 2 609 655 (2 514 146) stattgefunden. Konkursverfahren wurden eröffnet 5442 (5362). In Strafsachen waren 116 980 (114 634) Privatklagesachen anhängig. Die Anklagesachen wegen Vergehen betrafen sich auf 342 889 (354 606).

Bei den Landgerichten waren in Zivilsachen 114803 (111023) gewöhnliche Prozesse anhängig, vor den Kammern für Handelsachen 24 065 (24 291). Die Zahl der mündlichen Verhandlungen in erster Instanz betrug vor den Zivilkammern 260 371 (247 860), vor den Kammern für Handelsachen 65 691 (67 449). In Strafsachen waren Hauptverfahren anhängig vor den Schwurgerichten 3185 (3155), vor den Strafkammern in erster Instanz 67 596 (66 783), in der Berufungsinstanz 78 102 (82 845).

Bei den Oberlandesgerichten waren von bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten in der Berufungsinstanz anhängig u. a. 28 854 (27 816) gewöhnliche Prozesse. Die mündlichen Verhandlungen beliefen sich auf 40 529 (48 237). In Strafsachen waren anhängig Revisionen gegen Urteile in erster Instanz (zur ausschließlichen Zuständigkeit des Kammergerichts gehörig) 30 (48), Revisionen gegen Urteile in der Berufungsinstanz 6345 (6750), Beschwerden in Strafsachen 7990 (8204). Hauptverfahren fanden statt in den eben erwähnten Revisionen gegen Urteile in erster Instanz 15 (29), gegen Urteile in der Berufungsinstanz 5119 (5655).

Eine gelungene Reminiszenz!

Ludwig Thoma zieht in der neuesten Nummer des „März“ eine recht interessante Parallele zu der Charlottenburger Denkmals-Affäre und der schweren Verurteilung der daran Beteiligten. Er schreibt:

„Vor etwa dreißig Jahren mußten die Münchener, welche früh morgens über den Odeonsplatz gingen, einen Spah sehen, den sie unerhört oder übel nannten, über den sie aber gewiß nicht in „ungeheure Erregung“ gerieten. Das Denkmal König Ludwigs I. war mit roter Farbe bekleckert, das heißt, nur das Antlitz des großen Kunstenthusiasten war bemalt und sah sonderbar genug aus. Dem einen der Pagen, der neben dem Pferde einherschreitet, war der Pinsel in die Hand gesteckt, in den Arm des anderen war der Farbtopf eingehängt worden. Diese Steigerung der Unverfrorenheit wirkte eigentlich versöhnend. Ganz München lachte. Man hatte junge Künstler oder Studenten in Verdacht, aber man gönnte es den Tätern, daß sie unentdeckt blieben. Auch die, welche recht mißbilligend die Köpfe schüttelten, waren doch nicht

geneigt, in dem Akt — so hieß man das in jener angenehmeren Zeit — ein Attentat auf das Andenken des verstorbenen Königs zu sehen. Die Polizei ließ die Farbe abwachen und nach einer Stunde sah Ludwig I. wieder ebern und feierlich zum Hofgarten hinüber. Ich weiß nicht, ob die Untersuchung mit feierlichem Eifer geführt worden ist. Man war damals überhaupt nicht gerne feierlich und auch die Staatsanwälte rücken nicht so viel schlechte Gesinnung, wie heute. Jedenfalls kam nichts heraus, und ein paar Tage nach dem Vorfall redete man kaum mehr davon. Mir hat etliche Jahre später ein Universitätsfreund den Täter, oder da es mehrere waren, den Rädelstörer genannt. Es war ein Student, der heute ein angesehenen Mann und Familienvater ist. Und da er, wenn jene Erzählung meines Freundes auf Wahrheit beruht, ein Richter ist, so möchte ich ihn heute wohl fragen, wie er über das Urteil denkt, das den Verurteilten des Kaiser Friedrich-Denkmal je 10 Jahre Gefängnis zuerkannte. Geht es ihm wie dem Reiter über den Bodensee, der tot vom Pferde saß, als er hinterdrein die Gefahr erkannte, in der er geschwebt hatte? Wahrscheinlich nicht. Denn er weiß, daß der Spruch gegen ihn nicht so grausam ausgefallen wäre. Er hat einige Inhaltspunkte dafür in dem Verhalten der öffentlichen Meinung, die seine Tat recht milde beurteilte. Obwohl sie erschrocken verbrecherischer war, als die des Rudolf Linte, denn der Münchener Attentäter hat das Ansehen des Missetätigen verleiht, während der Berliner nur den Sockel beschrieb. Die Gesinnung des Münchener war auch verdammenstücker. Linte hat sich für ein Verbot des Polizeipräsidenten revanchieren wollen. Und doch war gegen ihn die öffentliche Meinung so hart, daß sie seine Verurteilung zu 18 Monaten Gefängnis förmlich billigte. Wird der erfahrene Richter, der nun aus jenem verwegenen Studenten geworden ist, den Unterschied finden, der seine Tat als Jugendtorheit und die des Linte als Verbrechen bewerten ließ? Er liegt ausschließlich in der Klasse, und darin, daß man die Dummheit eines jungen sozialdemokratischen Arbeiters aus politischen Gesichtspunkten beurteilt. Politik verdirbt nicht bloß den Charakter.“

Zur Stichwahl in Koburg.

Der Vorstand der nationalliberalen Partei und der ausgefallene Kandidat der Nationalliberalen haben im Wahlkreis Koburg ihre Wähler öffentlich aufgefordert, einmütig dem fortschrittlichen Kandidaten ihre Stimme zu geben. — Das war voranzusehen.

Eine Folge des Kölner Polizeiprozesses.

Der Prozeß, der vor einiger Zeit gegen den verantwortlichen Redakteur unseres Kölner Parteiblattes, der die Polizei beleidigt haben soll, angestrengt worden war, brachte allerhand Ueberraschungen. So wurde auch der Öffentlichkeit gezeigt, welche kuriosen Bestimmungen die Kölner Polizeibeamten unterliegen. Sie dürfen keinen Knebelbart tragen, sich keinen Vereinen anschließen, freiwillig keinen politischen Versammlungen beiwohnen usw. In den sittenpolizeilichen Vorschriften ist gesagt, daß, wenn eine Frauensperson in Begleitung eines in Uniform befindlichen Offiziers betrogen wird und es sich bei der Verfolgung lediglich um Sittenpolizeikonventionen oder sonstige Uebertretungen handelt, ein solartiges Einschreiten der Beamten zu unterbleiben hat.

Dieser Prozeß hat den preussischen Minister des Innern veranlaßt, eine allgemeine Nachprüfung der Dienstvorschriften bei allen Polizeiverwaltungen anzuordnen. Es soll hierbei die Befreiung von veralteten und ungeeigneten Dienstvorschriften für die Polizei erfolgen. Insbesondere auch sollen jene Verbote, die die Bewegungsfreiheit der Schulleute im Privatleben einengen, nach Möglichkeit aufgehoben werden.

Die drohenden jüdischen Konservativen.

Die Konservativen in Sachen sind über das nationalliberal-fortschrittliche Wahlabkommen sehr erbost. In einem Artikel, der durch die konservative Presse geht, wird gesagt: „Zieht man in Betracht und bedenkt man, daß sich die Position der Konservativen seit 1909 im Lande ganz merklich zu ihren Gunsten geändert hat, so wird die völlige Bedeutungslosigkeit des liberalen Wahlabkommens klar, wenn nicht eben dieses Abkommen noch einen geheim gehaltenen Teil enthält, der auch die Nationalliberalen zu jenem direkten Paktieren mit der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen verpflichtet, zu dem sich die Fortschrittler ja schon wiederholt ganz offen bereit erklärt haben.“ Zum Schluß spielen die Konservativen den Haupttrumpf aus, indem sie kategorisch erklären: „Daß die Stichwahlhilfe den Fortschrittler nicht wieder zuteil werden wird, kann schon jetzt als feststehend betrachtet werden, und die Nationalliberalen werden bei jeder Farbe bekennen müssen, warum sie sich den fortschrittlichen Bedingungen, vor der Hauptwahl keine Erklärung über die eventuelle Haltung bei den Stichwahlen abzugeben, gefügt haben.“

Die „Sächs. Polit. Nachr.“ schreiben zu dem Wahlabkommen: „Eine große Anzahl derer, die bisher mit der nationalliberalen Partei gestimmt haben, wird für nationalliberale Kandidaten nach dem eben abgeschlossenen Wahlabkommen nicht mehr zu haben sein. Die eifrigen Tausend eingeschriebenen Mitglieder der Nationalliberalen, die sich an das Wahlabkommen vielleicht halten, machen allein keine Wahlen, sondern die Mitläufer der Partei sind es, die den Ausschlag geben. Von diesen aber haben viele ihrer Enttäuschung über das Vorgehen der nationalliberalen Parteileitung, die sich mit dem Fortschritt, dem Verbündeten und Helfershelfer der Sozialdemokratie, verbunden hat, schon deutlichen Ausdruck gegeben.“

Österreich-Ungarn.

Die Hochschulzölle — bauerfeindlich! Die Landwirtschaftsgesellschaft der österreichischen Provinz Salzburg hat in einer Eingabe zu der Erneuerung der Handelsverträge und zu den Getreidezöllen Stellung genommen. Die von dem Generalsekretär Mayr, einem völlig unerdächtigen Agrarier verfaßte Eingabe erklärt, daß die Zölle auf Verringerung der Produktionskosten und Steigerung der Ertragskraft eine entsprechende Rentabilität zu sichern als die Zölle. Von dem Hin-

weis darauf, daß der Zollschuß weit mehr dem herrschaftlichen Großgrundbesitz zugute kommen, als dem Bauernstand, wird gesagt, daß er nicht ohne eine gewisse Berechtigung sei und es wird betont, daß es etwas ganz anderes ist, ob ein kleiner Landwirt durch die Zölle ein paar Kronen gewinnt oder der Latifundienbesitzer Hunderttausende, wobei der kleine Landwirt noch durch den Kauf des zollfreien Saatguts und Futters mindestens wieder um den Zollgewinn gebracht wird. Bekanntlich besteht unter den Bauern der österreichischen Alpenländer eine starke Bewegung gegen die Agrarwucherzölle, die von dem christlichsozialen Sezessionisten Abg. Reichsritter von Pang geführt wird, und die sich besonders darauf beruft, daß die in staatlichem Auftrag veranstalteten Erhebungen eines Professors an der Wiener Bodenkulturhochschule diese Wirkung der Hochschulzölle erwiesen haben, aber eben deswegen ihre Ergebnisse nicht bekannt gegeben werden dürfen!

Italien.

Eine „kleine“ Mobilmachung. Ein am Sonnabend veröffentlichtes Dekret der italienischen Regierung ruft die Jahrestlasse 1891 unter die Fahnen. Ausgenommen sind vorläufig die Reservisten, die sich mit Erlaubnis der Militärbehörde im Auslande befinden. Laut einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Rom hängt mit dem von der Regierung schon seit einiger Zeit gehegten Plane, den Friedensstand der Armee vorübergehend zu erhöhen, die Einberufung des Reservistenjahrganges 1891 zusammen. Ob die Maßregel mit dem drohenden Eisenbahnerstreik oder mit den Balkanereignissen in Verbindung stehe, darüber sei zuverlässiges bisher noch nicht zu erfahren gewesen. — Wir vermuten, daß sich die Regierung gegen Ueberraschungen, wie sie z. B. in der Romagna der Generalkrieg brachte, sichern will. Aber das Mittel ist vielleicht gerade der Anlaß zu neuen üblen Erfahrungen.

Frankreich.

Finanzielle Schwierigkeiten. Die französische Kammer arbeitet gegenwärtig mit Hochdruck. Sie hält vormittags und nachmittags Sitzungen ab. Der Regierung und den bürgerlichen Parteien ist vor allem darum zu tun, das Budget durchzusetzen und die Kammer dann zu verlagern. Herr Poincaré will nach Rußland reisen und die Kammer soll vorher in die Ferien gehen, damit nicht unvorhergesehene Zwischenfälle in letzter Stunde einen Strich durch seine Reise machen. Die Debatten werden fast ausschließlich von unseren Genossen geführt; die Vertreter der bürgerlichen Parteien schweigen sich in allen Tonarten aus und die Vertreter der Regierung auch. — Die Schwierigkeit für die Regierung liegt in dem Riesendefizit. Es beträgt nicht weniger als eine Milliarde Franken. Unsere Genossen Sembat, Thomas und Bedouce klagen die Regierung in der letzten Kammer Sitzung an, daß dieses Defizit allein durch die dumme und eitle Politik des Imperialismus verursacht worden sei. Der Finanzminister Rouleux gab zu, daß das Defizit eine Milliarde betrage. Vierhundert Millionen davon würden durch die neuen Steuern und Abgaben gedeckt werden. Sind noch zu decken 600 Millionen! Und darüber wird der Kampf beginnen. Nicht nur um die Deckung dieser 600 Millionen, sondern um die dreijährige Dienstzeit, die Mutter des Riesendefizits. Gen. Jaures sagt in der „Humanité“: Der Minister wird sagen müssen: Es sind eine Milliarde neuer Steuern erforderlich. Dieser Tag, der nahe ist, wird die Frage der drei Jahre aufs neue auf die Tagesordnung bringen. Und das wird der schwierige Moment sein, den unsere leitenden Personen zu überwinden haben werden.

Rache für den Postbeamtenstreik. Eine Kommission des französischen Senats hat mit 13 gegen 1 Stimme, trotz aller Bitten und Vorstellungen des Postministers Thomson die Bewilligung der Forderung für den Wohnungsgeldzuschuß der Postunterbeamten abgelehnt. Das ist die Rache der Herren Senatoren an den Pariser Postbeamten, die vor einigen Wochen wegen der Ablehnung des Wohnungsgeldzuschusses durch den Senat die Arbeit eingestellt hatten. Die „Humanité“ rät den Postbeamten, sich dadurch nicht irritieren zu lassen oder sich besonders aufzuregen. Der Senat würde, nachdem die Finanzkommission den Starren martiert hat, soviel gesunden Sinn haben, daß er, wie bei der Einführung der englischen Woche für die Staatsarbeiter, auch bezüglich des Wohnungsgeldes für die Postbeamten anders stimmen werde, wie die Kommission.

Rußland.

Der wirkliche Herrscher Rußlands verwundet. Dem „Petersburger Kurier“ zufolge wurde Gregor Rasputin in seinem Heimatdorf Pokroskoje in Sibirien von einer unbekanntem Frau durch einen Dolchstoß in den Unterleib verwundet. Die Frau begründete ihr Attentat mit der Behauptung, daß Rasputin ein falscher Prophet und Verführer der Menschen sei. Wer ist dieser Rasputin? Ein sibirischer Bauer, der den Zaren und besonders die Zarin unter seinem Einfluß hält und so ziemlich alles durchsetzen kann, was er will. Von Zeit zu Zeit gelang es der offiziellen Regierung, dem Ministerium, unterstützt von der einen Hofelique, Rasputin auf kurze Weile aus Petersburg wegzubringen. Er kommt aber immer wieder und übt seine Macht aus. Allerhand mystisch-religiöse Schwärmereien (Heiler Heucheleien) mit stark sexuellem Einschlag geben ihm einen ungeheuren Einfluß auf die Damen des Hofes und damit auf den Zaren. Wenn er wollte, könnte er eine politische Rolle ersten Ranges spielen, zieht es aber vor, in die eigentliche Politik sich nicht merkbar einzumischen. Aber vielleicht kommen doch manche sonst nicht leicht erklärliche Erscheinungen auf seine Rechnung. — Auch eine hübsche Illustration zum Gottesgnadentum, daß ein Alphabet die Geschichte eines ungeheuren Reichs beeinflussen kann, ein Mann, dem nicht besondere Intelligenz, sondern nur eine außergewöhnliche Schamlosigkeit und gewisse körperliche Eigenschaften zu statten kommen.

Balkan.

Um den Fürstenthron. Die albanischen Rebellen haben Berdt eingenommen. In Epirus

sollen reguläre griechische Truppen die Aufständischen unterstützen.

Einführung eines Schiedsgerichts. Die Türkei und Griechenland haben den Schweizer Bundespräsidenten um Ernennung eines Schiedsrichters in der strittigen Auswanderer-Frage gebeten.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 14. Juli.

Jugendtag an der Wasserfronte.

Wie den Genossen aus einer früheren Rundgebung bereits bekannt sein wird, findet am 9. August der „Jugendtag an der Wasserfronte“ statt. Die Vorarbeiten haben unter den beteiligten Bezirks-Jugendauschüssen ein Einverständnis dahin ergeben, daß gleichzeitig in mehreren Orten, und zwar in Lübeck, Hamburg und voraussichtlich auch in Bremen besondere Veranstaltungen getroffen werden sollen, die im Dienste der proletarischen Jugendbewegung stehen. Für die Distrikte Lübeck-Mecklenburg auf der einen Seite und Schleswig-Holstein auf der anderen Seite wird der Jugendtag, wie unsere Freunde bereits wissen, in einer großen Festveranstaltung in der alten Hansestadt Lübeck gipfeln. Alle, die an der Jugendbewegung in Schleswig-Holstein und Lübeck-Mecklenburg beteiligt sind, werden zu diesem Tage nach Lübeck geladen. Die Lübecker Arbeiterschaft hat sich in größter Weise bereit erklärt, den Gästen den Aufenthalt in jeder Richtung angenehm zu gestalten. Es ist Vorsorge getroffen für eingehende Beschäftigung alles Wichtigen und Schätzbaren, das die Stadt Lübeck bietet. Es wird ein gemeinsamer Festzug stattfinden. Ein großes Spielfest mit Wettkämpfen in herrlichem Walde wird den Nachmittag verschönen. Der Abend bringt eine Feier mit ausgezeichnetem Programm, welche die Schlußakkorde dieser schönen Veranstaltung bieten soll.

Wir haben schon in unserer ersten Antündigung den Genossen in Stadt und Land nahe gelegt, ihre Jugend aus allen Ecken der beiden Distrikte zu diesem Feste zu entsenden. Wir wiederholen diese Aufforderung noch einmal. Kommt, Ihr Jungen und helft Ihr Alten. Wenn sich jung und alt der Zueignung bewußt sind, welche die Jugendbewegung hat und den Wert kennen, welcher ein Zusammentreffen, ein fröhliches Wettstreiten und ein Austausch der Meinungen mit sich bringt, so wird man in unseren Bezirken weder im Norden noch im Süden, im Osten noch im Westen zögern, die Lübecker Veranstaltung zu beschicken und so wird es möglich sein, daß unsere Bezirke mit glänzender Veranstaltung ebenbürtig den Veranstaltungen an die Seite treten, mit denen Hamburg und Bremen ihrerseits den Jugendtag begehen wollen.

Der Hauptausflug des „Jugendtages an der Wasserfronte“.

J. A. C. Adler.

Geburtensrückgang und Kommune.

Was nützen alle schönen Reden über den Geburtenrückgang, wenn man die Wurzel des Übels nicht zu beseitigen sucht? Aber da kollidieren die Interessen des Ganzen mit den kapitalistischen Interessen und deshalb bleibt man an der Oberfläche haften und zeigt dadurch, daß es im tiefsten Herzen mit all dem schönen Gerede gar nicht ernst ist.

In reichem Maße hat auch die Kommune auf diesem Gebiete Pflichten zu erfüllen, Pflichten, von deren Erfüllung sie allerdings noch recht weit entfernt ist. Welcher Art diese Pflichten sind, das haben objektive Wissenschaftler oft genug erklärt. Jetzt wies Dr. Hofmeier in der physikalisch-medizinischen Gesellschaft zu Würzburg wieder auf diese kommunalen Aufgaben hin. Nach einer in der Würzburger Frauenklinik aufgestellten Statistik zählte Dr. Hofmeier der „Münchener medizinischen Wochenschrift“ zufolge bei 420 Frauen unter 45 Jahren, von denen jede über 5 Schwangerschaften durchgemacht hat, zusammen 3440 Schwangerschaften. Von diesen endeten 420 frühzeitig, 1036 Kinder starben, es daß also nur 1964 überlebende Kinder geblieben sind. Es hatte der Staat infolge der großen Sterblichkeit keinen Nutzen aus den zahlreichen Schwangerschaften. An der Hand zahlreicher Tabellen demonstriert Dr. Hofmeier weiter, wie mit dem Rückgang der Geburten auch ein Rückgang der Säuglingssterblichkeit stattfindet. Weil weniger Kinder geboren werden, kann die Säuglingspflege besser sein und darum der Rückgang der Säuglingssterblichkeit. Was also getan werden muß, um den Rückgang der Volkskraft herabzumindern, ist die weitere Herabsetzung der Säuglingssterblichkeit durch soziale Fürsorge: durch Stillprämiën, bessere Fürsorge für uneheliche Kinder, Säuglingsheimen usw. Und diese Fürsorge gehört zum Aufgabenterrain der Kommunalpolitik. Wenn den Städten also an einer Bekämpfung des Geburtenrückganges wirklich liegt, so haben sie in diesem Sinne zu arbeiten.

Auch die durchgreifende Wohnungsreform gehört hierher. Von den tuberkulösen infizierten Säuglingen sterben nach den Feststellungen Dr. Umbers, Berlin, über die er kürzlich auf der Generalversammlung des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose in Berlin berichtete, 80 Prozent an Tuberkulose, während die Zahl im 11. bis 14. Lebensjahre nur ein Drittel der Infizierten beträgt. Die Zahl ist so gewaltig hoch, daß man vielfach im Säuglingsalter jeden Kampf gegen die Infektion ausichtslos hält wegen der traurigen Wohnungsverhältnisse!

Also nicht viel reden und das Augenmerk auf andere Nebenwege lenken, sondern das Uebel an der Wurzel angreifen! Und dabei erwachsen der Kommune hohe Aufgaben, die zu erfüllen die erste soziale Pflicht ist, weil sie in so inniger Weise der Zukunft des Volkes gilt.

Achtung, Gewerkschaftsvorstände! Die Karten zum Gewerkschaftsfeste sind am Mittwoch, Donnerstag und Freitag abends von 8-9 Uhr, im Gewerkschaftshause in Empfang zu nehmen. — Ferner werden die Vorstände, soweit das noch nicht geschehen ist, ersucht, die Jahresberichte des Arbeitersekretariats abzuholen.

Ein Automobilunglück ereignete sich heute vormittag bei Sarau. Soweit wir erfahren konnten, sind die Insassen, bestehend aus sechs Personen, leicht verletzt. Das Auto dagegen ist total zerrümmert.

Noch gut abgegangen. Am Sonntag nachmittag fuhr ein Hamburger Auto in der Kronsforder Chaussee in der Nähe der Ziegelei von Genin in einen Graben, um einem drohenden Zusammenstoß mit einem Heuwagen vorzubeugen. Eine Insassin des Autos erlitt leichtere Verletzungen. Das Auto selbst wurde schwer beschädigt. Mit Hilfe der Feuerwehr wurde es aus dem Graben herausgehoben und in eine Reparaturwerkstatt gebracht.

Eine neue Taxe für die Straßjahre hat das Polizeiamt erlassen. Dieselbe beträgt 1. für eine Person ohne Rücksicht darauf, ob sie etwas mit sich trägt oder nicht 3 Pfg., 2. für eine Person mit einem Fahrrad 5 Pfg., 3. für eine Person mit einem Kinderwagen oder einer Schiebkarre 8 Pfg., 4. für eine Person mit einem Kalb, Schaf oder sonstigen Stück Kleinvieh 8 Pfg. In der Zeit von 10 Uhr abends bis 5 Uhr morgens erhöhen sich die vorstehenden Sätze auf 10 Pfg. Dieselben Beträge sind auch für die Benutzung eines etwa hergestellten Eisüberganges zu zahlen.

Während der Gerichtsferien vom 15. Juli bis 15. September finden die Sitzungstage der Strafammern jeweils Mittwochs und Freitags statt. Die Gerichtsschreibereien des Landgerichts, des Amtsgerichts, sowie die Gerichtskasse sind während dieser Zeit an den Werktagen nur von 9 bis 12 Uhr vormittags geöffnet.

Wegen Neupflasterung ist der Koff von der Großen Petersgrube bis zur Hofstraßenstraße vom Dienstag, den 14. Juli d. J. ab bis zur Fertigstellung für den Fußwegverkehr gesperrt worden.

Vereinsregister. Am 13. Juli 1914 ist der Lübecker Mittelklubverein in Lübeck in das Vereinsregister eingetragen worden.

Handelsregister. Am 13. Juli 1914 ist eingetragen: 1. bei der Firma Gebrüder Olden in Lübeck: Die Firma ist erloschen; 2. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Hartmann u. Gütlich in Lübeck: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Bücherrevisor Wilhelm Mebus in Lübeck ist zum Liquidator bestellt.

Güterrechtsregister. Am 13. Juli 1914 ist bezügl. der Ehe des Vorarbeiters Ulrich Hirsch und dessen Ehefrau Anna geb. Dörfling, Lübeck, eingetragen: Der Mann hat das Recht der Frau, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises seine Geschäfte für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten, ausgeschlossen.

Die Maul- und Klauenseuche ist unter dem Rindviehbestande des Viehhändlers Heinrich Stapelfeldt in Krempelesdorf und des Hufners Hans Sildebrandt in Brodten ausgebrochen. Krempelesdorf und Brodten sind demzufolge zum Sperrbezirk und Gneversdorf mit Eversdorf zum Beobachtungsgebiet erklärt worden.

pb. Festgenommen wurde ein Schuhmacher aus Hamburg, der sich in einer Wirtschaft der Hofstraßenstraße des Hausfriedensbruchs und der Sachbeschädigung schuldig gemacht hatte. — Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Krefeld, der von der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft in Neustrelitz wegen Körperverletzung festgenommen wurde.

pb. Einbruchdiebstahl. Am Sonntag, dem 12. d. J. Mts. wurden aus einem Hause der Wiedestraße mittels Einbruchs folgende Sachen gestohlen: 1 goldene Damenuhr, 6 silberne Teelöffel, 1 blaues Jackett, 1 schwarze Hose und ca. 10 Mk. in barem Gelde. Der Täter dürfte die gestohlenen Kleidungsstücke sofort angezogen haben, denn er hat seine alten Kleider am Tatorte zurückgelassen.

Stadthallen-Sommertheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Es wird hiermit noch ganz besonders auf die Wiederholung der reizenden Lustspielnovität „Mein Freund Teddy“ am Mittwoch hingewiesen. Donnerstag wird das interessante Lustspiel „Die Journalisten“ von Gustav Freitag zum ersten Mal seit langer Zeit in Szene gehen. Freitag wird der Possenspieler „Langebein“ zum sechsten und letzten Mal aufgeführt. Für Sonntag ist die entzückende Operettennovität „Die feuchte Susanne“ vorgesehen.

Haustheater. Uns wird geschrieben: Auf heute abend, „Raub der Sabinerinnen“, sei nochmals besonders hingewiesen. Mittwoch wird Lübecks beliebteste Operette „Fingergaube“ wiederholt, die am Sonntag wieder so gute Aufnahme fand und von der das Publikum des Lobes voll ist. Der zweite Schlager in der Komödie wird Donnerstag wiederholt: „Schneider Wibbel“. Wer sich recht herzlich amüsieren will, wird gewiß nicht versäumen, sich diese einzig in ihrer Art dastehende Komödie anzusehen. Freitag ist der „Jugbaron“, der seine Zugkraft immer noch nicht eingebüßt hat. Auch „Tr. Trakala“ wird auf vielseitiges Verlangen nochmal auf dem Repertoire erscheinen.

Cutin. Beim Baden ertrunken. In der neuen Badeanstalt im großen Cutiner See ertrank die 14jährige Tochter des Gärtners Roth. Sie hatte sich trotz erfolgter Warnung zu weit in den See hinausgewagt und ist hier wahrscheinlich infolge eines Herzschlages untergegangen. Die Leiche wurde geborgen.

Schönberg. Ueberfahren. Als ein Landwirt aus Selmsdorf mit zwei beladenen Heuwagen hintereinander die Chaussee von Zarnen nach Selmsdorf entlang kam, benutzte ein älterer Handwerksbursche die Gelegenheit und kletterte unbemerkt auf die Deichsel zwischen den Wagen, um so eine Strecke mitzufahren. Unterwegs verlor er den Halt und fiel nun so unglücklich zu Boden, daß ihm ein Borderrad des zweiten Heuwagens über Brust und Bein ging. Er trug schwere Verletzungen, u. a. mehrere Rippenbrüche, davon und mußte noch am selben Abend nach Schönberg gefahren

werden, um in ärztliche Behandlung zu kommen. Er liegt hier schwer krank darnieder.

Bad Oldesloe. Feuer. Gestern mittag brach auf dem Gut Müllschau bei Oldesloe Feuer aus, das drei Scheunen und einen Schuppen einäscherte. Auch landwirtschaftliche Maschinen und Geräte wurden vernichtet. Es wird Brandstiftung angenommen.

Hamburg. Ein Kind ermordet. Am Sonntag abend gegen 8 1/2 Uhr fand man in Poppenbüttel in einem Roggenfeld östlich vom Weg, der von Altenmühle nach Sasel führt, die 11jährige Marta Weder aus Bergstedt ermordet auf. Das Kind war bei einem Gärtner in Bergstedt in Pflege. Am Sonntag vormittag erhielt es von dem Gärtner den Auftrag, ein Blumensträußchen zu dem Apotheker in Poppenbüttel zu bringen. Als das Kind von diesem Gange nachmittags noch nicht zurückgekehrt war, wurde man stark beunruhigt. Der benachrichtigte Vater machte sich auf die Suche und fand sein Kind mit durchschnittenen Kehle in dem Roggenfeld liegen. Es liegt anscheinend Lustmord vor. In der Nacht zum Montag ist der Mörder des Mädchens in Al.-Vorstel verhaftet worden. Er ist geständig. Es handelt sich um einen 1897 geborenen Lehrling namens Delffs.

Altona. Zwei Personen ertranken am Sonntag im Freibad Rattwyk in der Elbe beim Baden.

Itzehoe. Der Streik der Transportarbeiter beendet. In einer Sitzung des Arbeitgeberverbandes und der Vertreter des Transportarbeiterverbandes ist es zu einer Einigung gekommen. Das wichtigste Ergebnis der Verhandlungen ist der Abschluß eines Tarifes auf die Dauer von drei Jahren. Nach diesem sollen die Lastfuhrlente in den ersten zwei Jahren einen Wochenlohn von 27 Mark und im letzten Jahr einen solchen von 27,50 Mark pro Woche erhalten. Die Abfuhrleute sollen in den nächsten drei Jahren 29,50 Mark pro Woche und die Träger für denselben Zeitraum 27,50 Mark pro Woche erhalten. Für Pferdepflege an Sonn- und Feiertagen soll 1 Mark extra gezahlt werden. Die Lastfuhrlente erhielten bisher einen Wochenlohn von 26 Mark, die Abfuhrleute einen solchen von 29 Mark und die Träger einen solchen von 27 Mark. Eine Versammlung der Transportarbeiter stimmte dem Tarifvertrag zu, der am Freitag sofort in Kraft trat. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Die Transportarbeiter können mit diesem Erfolg zufrieden sein, hat er ihnen doch erstmals einen festen Tarif gebracht. Einigkeit führt zum Ziel. — Da die Firma Kirchner in Delzdorf sich weigert, den Tarif anzuerkennen, ist über diese die Sperre verhängt!

Gesellschaft. Beim Baden in der freien Elbe ertrank am Sonntag nachmittag oberhalb der Gesellschaftsbrücke bei der Glashütte der 21jährige Handlungsgehilfe Nicolaus Ludwig aus Hamburg, wohnhaft in der Adelmannstraße; die Leiche ist noch nicht gefunden worden. Der Verunglückte stammt aus Kassel.

Rostock. Die Hosen eines Verliebten. Das Oberlandesgericht in Rostock hat ein gar seltsames Urteil gegen ein Mädchen gefällt, das ein nicht alltägliches Mittel zur Abkühlung eines Verliebten in Anwendung brachte. An einem schönen Herbstabend vergangenen Jahres luftwandelte so um 9 Uhr abends ein Pärchen auf den Mühlenwiesen vor der Stadt Letow. Vom Kosen und Küssen wollte der Jüngling zu stürmischeren Dingen übergehen. Die Maid versprach die Gewährung aller Wünsche, wenn der Verliebte sich die Hosen ausziehe. Schnellig kam der Verliebte diesem Verlangen nach. Doch es kam anders, als die Liebesherrschaft erwartete. Dem Mädchen steckte der Schalk im Nacken. Es ließ spornstreicht mit den Hosen in die Stadt und schickte die Hosen ohne Erläuterung an die Mutter des Jünglings. Diese alarmierte in der Besorgnis, ihr Sohn könne sich ertränkt haben, die Nachbarn und die Verwandtschaft. Während des Kriegsrats stellte der hosenlose Sohn sich nach 10 Uhr abends ein. Daraufhin wurde das Mädchen wegen groben Unfugs angeklagt und verurteilt. Dies schnurrige Urteil bestätigte das Oberlandesgericht. Das Mädchen, heißt es in den Gründen, habe freilich nicht unmittelbar groben Unfug verübt, aber mittelbar. Denn die Angeklagte hat den zum Sünden Bereiten gezwungen, in der halben Bekleidung die Straßen zu passieren. Dies Laufen ohne Hosen sei grober Unfug. Der Mann könne dafür nicht bestraft werden, weil er sich in einer Zwangslage befand, wohl aber die Angeklagte. Also Mädchen, hütet Euch! — laßt den Männern die Hosen an.

Wilhelmshaven. Nochmals ein korrigierter Versicherungsamts-Erscheid. Wir berichteten seinerzeit, daß das Versicherungsamt Wittmund die Wochenschlaglisten der freien Gewerkschaften für ungültig erklärt hatte, weil die Unterschriften nicht auf dem Einreichungsschreiben standen, sondern besonders angefügt waren. Das Oberversicherungsamt Lurich ordnete auf die erhobene Beschwerde hiergegen kurzschad Neuwahlen an, die am 6. August stattfinden sollten. Alle Borarbeiten sind bereits erledigt, neue Listen eingereicht usw., da teilt jetzt das Oberversicherungsamt mit, daß der Magistrat von Wilhelmshaven gegen den Entscheid des Oberversicherungsamtes beim Reichsversicherungsamt Beschwerde eingelegt habe, und da durch die Verfügung des Reichsanzlers die Amtsdauer der alten Krankenkassenorgane bis zum 31. Dezember d. J. verlängert

sei, von einer Neuwahl der Kassenvertreter bis auf weiteres abzusehen ist. Trotz dieser Verlängerung der Amtsdauer der alten Vorstandsmitglieder wurde die genannte Kasse wegen der schwebenden Streitigkeiten nicht zu den Wahlen der Vertreter zum Versicherungsamt zugelassen, wogegen auch Einspruch erhoben ist. Auf die Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes darf man nun wohl recht gespannt sein.

Emden. Die Christlichen. In der alten Hafenstadt Emden haben sich seit einem Jahre die Gewerkschaftschristen eingenistet. Als der Deutsche Transportarbeiterverband vorigen Sommer mit den Emdener Hafengewerkschaften einen ersten Strauß austauschte, erschienen sie wie die Hyänen auf dem Schlachtfelde und verrieten die Interessen der freien Arbeiter schmählich. Die Unternehmer hatten bald erkannt, wela getreue Schildknapen sie in den Gewerkschaftsschriften sich großziehen konnten. Die gesetzlich gewährleistete Kontraktionsfreiheit wurde durch die Ausgabe von gelben Karten an die Christen illusorisch gemacht. Die übrigen Arbeiter erhielten andersfarbige Karten. Bei der Vergebung der Arbeit wurden die Inhaber der gelben Karten in jeder Weise offen bevorzugt. Das war der erste Druck auf die Arbeiter, sich den Christen zu verschreiben. Wer als Mitglied des Transportarbeiterverbandes bekannt war, dem wurde die Arbeitskarte entzogen. Ohne Karte gab es überhaupt keine Arbeit. Kein Staatsanwalt findet sich, der gegen eine so unehrliche Berrußerklärung einschreitet. Doch damit nicht genug. Wer seine Beiträge zur christlichen Organisation nicht bezahlt, um dem christlichen Joch zu entfliehen, muß damit rechnen, daß ihm seine Arbeitskarte entzogen wird. Charakteristisch ist auch der Aufstellungsvertrag der Cleator-Gesellschaft, nach dem sich die Arbeiter verpflichten müssen, dem Transportarbeiterverbande nicht anzugehören. Tritt ein Arbeiter diesem Verbande trotzdem bei, so ist nicht nur das Arbeitsverhältnis beendet, sondern auch der wöchentlich einbehaltene Sparbetrag von einer Mark bis zu einer Summe von 50 Mark geht dem Arbeiter verloren. — So machen sich die Christlichen in Emden zu Sklaven der Unternehmer!

Kunst und Wissenschaft.

Julius Rodenberg gestorben. Aus Berlin kommt die Nachricht, daß Professor Dr. Julius Rodenberg gestorben ist. Rodenberg gehörte zu den vornehmsten deutschen Schriftstellern der Gegenwart. Im Jahre 1831 zu Rodenberg in Hessen als Sohn eines Kaufmannes geboren, besuchte er zunächst das Gymnasium in Rintel, dann die Hochschule in Heidelberg, Göttingen, Berlin und Marburg. Er studierte vorerst Rechtswissenschaft, wendete sich aber schon frühzeitig der Literatur zu. Als zwanzigjähriger gab er bereits ein Bändchen „Sonette für Schleswig-Holstein“ heraus. In jungen Jahren noch lernte er England und Frankreich kennen. Seine Reiseindrücke sammelte er in einer Reihe von Büchern, so im „Pariser Bilderbuch“ (1856), im „Mittagsleben in London“ (1859), „Paris bei Sonnenschein und Lampenlicht“ (1867), „Studienreisen in England“ (1873). Unter seinen Wanderbüchern glüht es auch eines, das „Wiener Sommertage“ heißt. Diese Städtebilder schufen seinem Namen den ersten Ruf. Londoner Eindrücke drängten ihn auch zu zwei Romanen: „Die Straßenfängerin von London“ und „Die neue Sündflut“. In London kam Rodenberg übrigens mit Ferdinand Freiligrath, dem verbannten Trompeter der Revolution, zusammen. Die beiden wurden zum Freund. Freiligrath wurde Rodenbergs Berater und Ermunterer. Rodenberg hat später einmal über diese Zeit geschrieben. Mit achtundzwanzig Jahren kehrte Rodenberg nach Deutschland zurück und begann hier eine Tätigkeit, die für das deutsche Schrifttum bedeutungsvoll werden sollte: er wurde Redakteur. Er begründete zunächst, an englischen Vorbildern gelehrt, ein „Deutsches Magazin“, beteiligte sich dann an „Bazar“ und am „Salon“ und rief schließlich im Jahre 1874 eine neue Zeitschrift ins Leben, die „Deutsche Rundschau“. Diese Monatschrift errang sich unter seiner Leitung eine führende Stellung und übertrifft noch zur Stunde die anderen deutschen Zeitschriften vielfach an innerem Wert. Der wissenschaftliche Aufsatz, der die Schönheit der Sprache mit der Tiefe des Gedankens zu vereinigen weiß, hat seine eigentliche Heimstätte in der „Deutschen Rundschau“. Dort haben Männer wie Hermann Grimm und Curtius ihre Essays veröffentlicht. Aber auch die Jüngeren kamen dort früh zu Worte, wie Wilhelm Bölsche. Die dichterischen Werke eines Gottfried Keller, eines Konrad Ferdinand Mayer, aber auch Storm und die Marie von Ebner-Eschenbach, sie wurden von Rodenberg der deutschen Lesewelt zum ersten Male verlegt! Daneben betätigte sich Rodenberg auch weiterhin als Schriftsteller, gab neue Reisebilder heraus, wie „Diesseits und jenseits der Alpen“, „Aus aller Herren Ländern“ und „Belgien und die Belgier“, schrieb auch ein Buch über Dingseldt, überlegte Berangers letzte Gedichte und veröffentlichte noch eine Reihe von Dichtungen, darunter einen Cromwell-Roman aus der Sturmzeit der englischen Revolution, „Von Gottes Gnaden“ und die humorvolle Erzählung „Die Granddiers“, in der das Leben in der Berliner französischen Kolonie reizend geschildert wird. Julius Rodenberg ist 83 Jahre alt geworden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Außergewöhnliches Angebot zum Einkauf von Möbeln auf Teilzahlung.

Mehrfach ist schon an mich das Ersuchen gestellt, **Möbel ohne Anzahlung** zu liefern. Dieses hat mich nun veranlaßt, da ich durch meine 10jährige Erfahrung mit den Wünschen der Einwohnerschaft Lübecks und Umgegend durchaus vertraut bin, von heute ab sämtlichen zahlungsfähigen Käufern Möbel, wie Schlafstuben, Küchen und Wohnungseinrichtungen usw. bis auf weiteres

ohne jede Anzahlung

frei ins Haus zu liefern. — Die wöchentlichen oder monatlichen Ratenzahlungen erhöhen sich hierdurch nicht, und bitte ich von diesem Angebot den ausgiebigsten Gebrauch zu machen.

Lübeck Holstenstr. 17 I. Etage Seiteneingang **Hersch Kesten**

Empfehle zum Volksfest **Anzüge** für Herren, Burschen und Kinder. Anzahlung von 5 Mk. an. Damen - Konfektion. Kostüme und Röcke. Kinderwagen u. Klappsportwagen.

Die fortwährende Umwälzung

der Moden erfordert am Schlusse einer jeden Saison gebieterisch eine

Total-Räumung der betreffenden Läger

unbeschadet der damit verbundenen Verluste. Um diese Räumung tatsächlich zu erzielen, sind in allen Abteilungen des Hauses, eingedenk der Tatsache, daß der erste Verlust immer noch der geringste ist, gewaltige Warenmengen in bekannter erstklassiger Beschaffenheit ausgelegt,

die zu derart stark herabgesetzten Preisen zum Verkauf gelangen, daß jeder Kauf während meines morgen beginnenden

Saison-Ausverkaufs

eine direkte Sparanlage bedeutet.

Die Abteilungen:

Damen- und Mädchen-Konfektion, Kleider, Blusen, Herren-Garderoben, Knaben-Bekleidung, Teppiche, Gardinen, Möbelstoffe, Damen- und Kinderpuß, Herren-, Damen- und Kinder-Schuhe und -Stiefel, Modewaren, Seidenstoffe, Kleiderstoffe, Wäschstoffe, Aussteuer-Artikel, Leinen- und Baumwollwaren, Leibwäsche, Korsette, Unterkleidung, Handschuhe, Strümpfe, Handarbeiten usw. usw.

bieten so enorme Preisherabsetzungen, die es ermöglichen, große Einkäufe vielfach für ein Viertel des regulären Wertes zu beschaffen.

In meiner Spezial-Möbel-Abteilung gewähre ich einen Rabatt von **10%**

Günstigste Gelegenheit zum Einkauf für
:: Brautleute und Möbelinteressenten ::

Ständige Ausstellung: 75 Schlafzimmer, 40 Herrenzimmer, 40 Speisezimmer, 30 Küchen.

Rudolph Karstadt.

Es wird weiter gerüstet.

Im englischen Unterhaus beschäftigte sich der Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey mit verschiedenen Fragen und mit der Klage George Lloyds, England habe bei dem jüngsten englisch-deutschen Schiffahrts- und Eisenbahnschiffahrtskommen im Orient keine wesentlichen wirtschaftlichen Vorteile erlangt. Er sagte, daß die Eisenbahnkonzessionen in Kleinasien schon vor Jahren genau eingeteilt worden seien, und erwähnte sodann die Bergbau- und die Arsenalkonzession in der Türkei, die nicht unter dem Druck der Diplomatie gegeben worden seien. Man dürfe nicht nur die Eisenbahnkonzessionen ins Auge fassen, es gäbe noch gewisse andere Konzessionen in Kleinasien, die, wie er hoffe, heranreifen würden, und er denke, daß im Hinblick auf sie die britische Industrie sehr gut abzusehen werde. Bezüglich der Schiffahrt auf dem Euphrat und Tigris erklärte Grey, er sei der Meinung, daß die Lage Englands unter dem neuen Abkommen nicht nur im wesentlichen besser sein werde, sondern daß sie auch in Zukunft sicherer sein werde denn je. Was die Petroleumkonzessionen in Persien anlangt, so erwarte er nicht, daß sie zu einem Eingriff Englands in die neutrale Zone führen würden. Allerdings würden sie von der russischen Presse in ungünstigem Sinne besprochen. Wenn der britische Handel im allgemeinen oder irgendetwas sonst in Südpersien Großbritanniens dazu führen würde, mit der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Persiens oder dem englisch-russischen Nebereinkommen unvereinbare Schritte zu unternehmen, so würde über die Angelegenheit mit Persien oder Rußland verhandelt werden. Nachdem der Staatssekretär sich über die chinesischen Eisenbahnen, Tibet und die Haager Konferenz geäußert hatte, ging er zu den Rüstungsausgaben über und sagte: Es ist eine Frage von sehr großer Bedeutung, aber ich habe nichts Neues zu sagen. Ich habe mein Bestes getan, meinen Gefühlen starken Ausdruck zu verleihen, aber ich kann nicht sagen, daß sie in den anderen großen europäischen Ländern viel Widerhall gefunden hätten. Ich wünschte, ich könnte hoffnungsvoller sprechen, als ich es tue. Wenn von Zeit zu Zeit von einem Lande allein der Versuch gemacht worden ist, auf direktem Wege eine Beschränkung der Rüstungen einem fremden Lande vorzuschlagen, so ist dies stets als ein Versuch betrachtet worden, die Handlungsfreiheit zu beschränken und zu kontrollieren, und ist übel aufgenommen worden. Infolgedessen war es nutzlos, einen direkten Vorschlag zu machen. Es gebe, so fuhr Grey fort, eine Methode, bessere Beziehungen zu schaffen, die er die Methode in direkter Beeinflussung nennen möchte. Es sei zweifellos, daß, so weit die Großmächte in Frage kämen, die Beziehungen sich in einigen Fällen gebessert hätten. Trotzdem die Nationen die besten Beziehungen zueinander unterhielten, dehnten sie doch ihre Rüstungen aus. Es sei sehr schwer, dies zu begründen oder anzugeben, wie dem Inhalt zu tun sei. Er sehe für den Augenblick keine Hilfe, wenn nicht in dem Glauben, daß der gesunde Verstand der öffentlichen Meinung zu Hilfe kommen werde, wenn die Dinge anfangen, unerträglich zu werden, und eine Einschränkung der Rüstungsausgaben veranlassen werde. Er werde sich, so schloß Grey seine Rede, dem auf jede mögliche Weise

widersehen, anderen Ländern direkte Vorschläge zu machen, solange eine Wahrscheinlichkeit vorhanden sei, daß sie übel aufgenommen würden als Versuche, einen Druck auszuüben. Er möchte lieber, obwohl auch das noch keinen großen Erfolg hätte, auf die indirekten Folgen der Bemühungen Englands vertrauen, zwischen sich und den fremden Ländern die guten Beziehungen zu fördern, in der Hoffnung, daß dies und der Druck der öffentlichen Meinung schließlich seine Wirkung ausüben werden. Darauf wurde der Etat angenommen.

Die Ausführungen Sir Edward Greys laufen darauf hinaus: Die Beziehungen der Mächte untereinander sind gut — aber es wird weiter gerüstet. Der Minister für die auswärtigen Angelegenheiten, er sehe keine Möglichkeit, keine Abhilfe; und jetzt seine Hoffnungen darauf, daß der gesunde Verstand der öffentlichen Meinung zu Hilfe kommen werde.

Nun, soweit die öffentliche Meinung wirklich die Wünsche und Interessen der Volksmassen vertritt, ist sie sich ja schon längst darüber einig, daß dem Wettläufer Einhalt getan werden muß. Aber wenn der Minister der Hoffnung sein sollte, daß in absehbarer Zeit die gefamte öffentliche Meinung für eine Abrüstung zu haben sein würde, so gibt er sich einem ganz unberechtigten Optimismus hin. Sind doch viele der Organe, die öffentliche Meinung machen, weiter nichts, wie Sprachrohre des Rüstungsbestrebens, das natürlich für keinerlei Abrüstungsbestrebungen zu haben ist.

Aus der Partei.

Der 10. Internationale Sozialisten- und Gewerkschaftskongress, dessen Tagung am 23. August in Wien beginnen wird, ist zugleich ein Jubiläumsfest der Arbeiterbewegung. Denn es ist ein halbes Jahrhundert seit der Gründung der ersten Internationalen vergangen und 25 Jahre sind verflossen, seitdem der erste neue Internationale Sozialistenkongress in Paris stattgefunden hat. Die österreichische Arbeiterbewegung darf stolz darauf sein, daß ihr die Ehre zuteil geworden ist, diesen Kongress vorzubereiten und auf ihrem Boden zu begrüßen. Darum hat der österreichische Parteivorstand die Herausgabe einer Festschrift beschlossen, die Ende Juli zur Ausgabe gelangt. Sie wird das Format der Zeitschrift haben, aber 20 Seiten stark und auf Kunstdruckpapier gedruckt sein. Die Beilage, ein künstlerisches Tableau mit den Bildern der Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus, unter denen sich alle bekannten Wortkämpfer der europäischen und der überseeischen Arbeiterbewegung befinden, wird ein Bildschmuck für Wohnungen und Vereinslokale sein. Die Festschrift wird also um 8 Seiten stärker sein als die Zeitschrift. Für die Festschrift hat Karl Henckell, der bedeutendste sozialistische Dichter der Gegenwart, ein Festgedicht beigezeichnet. Interessante Abhandlungen der hervorragendsten Wortführer der Internationale, wie Viktor Adler, Karl Rautsky (Berlin), Eduard Bailant (Paris), Hermann Greulich (Zürich), sowie wertvolle Beiträge von Karl Renner, N. Malanoff, Friedrich Adler und Robert Danneberg erzählen über den Werdegang, die Bedeutung und die Einrichtungen der alten und der neuen Internationale. Ein reicher Bilderschmuck, etwa 90 meist noch nie veröffentlichte Bilder, ziert die Festschrift, welche somit eine illustrierte Geschichte der Internationale darstellt. Da das Papier der Festschrift besonders angefertigt werden muß, wird ein Nachdruck nicht möglich sein. Der Preis wird 30 Pf. betragen.

Weitere Opfer der Charlottenburger Denkmalsbepinselung. Der Staatsanwalt ist von den furchtbaren Strafen, die die jungen Leute in Charlottenburg für ihre

verzeihliche Tat erlitten, noch nicht befriedigt; er sucht nach neuen Opfern. Anlaß bietet ihm die Veröffentlichung des Zentralvorstandes des Wahlvereins von Teltow-Beeskow, die folgenden Wortlaut hatte:

„Für die Opfer des Charlottenburger Denkmals-Prozesses. Die unschuldigen Familienangehörigen der Verurteilten im Charlottenburger Denkmals-Prozess bedürfen dringend der materiellen Unterstützung. Es sind schon eine ganze Reihe zum Teil namhafter Beträge aus Kreisen, die der sozialdemokratischen Partei fernstehen, die aber empört über das harte Urteil sind, eingegangen. Auch in Parteilreisen sind ganz spontan private Sammlungen veranstaltet worden.“

Um nun aber für die bisher eingelaufenen Spenden eine gerechte Verteilung zu ermöglichen und um in die Sammlung für die Opfer der Klassenjustiz Ordnung zu bringen, hat der Vorstand des sozialdemokratischen Zentralwahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg beschlossen, seinem Kassierer die Entgegennahme der gesammelten Beträge und die Auszahlung der Unterstützungen zu übertragen. Alle einlaufenden Spenden, wie die Verteilung der Unterstützungen werden durch die ständigen Kassierer des Zentralwahlvereins kontrolliert. — Der unterzeichnete Vorstand bittet, alle ferneren Sendungen unter der Angabe der Zweckbestimmung an: Alex Bagels, Berlin S.W. 63, Lindenstraße 3 richten zu wollen. Der Zentralvorstand. J. A.: Max Groger“

In dieser Veröffentlichung steht die Staatsanwaltschaft eine Aufforderung zu einer unerlaubten Sammlung, und wir haben bereits gemeldet, daß gegen den Redakteur der „Fränkischen Volktribüne“ in Bayreuth, Gen. Hacke, ein Strafverfahren eingeleitet worden ist. In den letzten Tagen hatten nun in Berlin auch die Genossen Max Groger als Sekretär und Alex Bagels als Kassierer des Zentralwahlvereins von Teltow-Beeskow polizeiliche Vernehmungen zu bestehen. Obgleich die Notiz doch keine Aufforderung zu einer Sammlung enthält, sondern sie nur dadurch nötig wurde, daß aus mehreren Städten Deutschlands ohne jede Aufforderung Geldbeträge für die Familienangehörigen der Verurteilten bei den verschiedenen Berliner Parteinstanzen eingingen, will man der Sozialdemokratie offenbar wieder einmal einen Strich drehen. Wenn wegen der Notiz Verhaftungen erfolgen sollten, so würde das unsern christlichen Staat wieder einmal treffend charakterisieren. Die absolut unschuldigen Kinder und Frauen der Verurteilten sollen demnach vor dem Glend nicht geschützt werden. Nun, die Arbeiterschaft denkt anders hierüber!

Gewerkschaftsbewegung.

Zur Warnung für Gewerkschaftsstartelle. Das Correspondenzblatt der Generalkommission schreibt: Wiederholt müssen wir vor den Praktiken der Firma Emil Ulrich, Dresden und Leipzig, warnen, die als eine ihrer Spezialitäten die Herausgabe von „Arbeiterführern“ betreibt. Diese „Arbeiterführer“ werden den Kartellen kostenlos überlassen und ihnen für den Vertrieb derselben noch bare Zuwendungen in Aussicht gestellt. Die Preisfestsetzung oder unentgeltliche Abgabe der „Arbeiterführer“ bleibt den Kartellen überlassen. Die Firma macht sich durch Ingerate bezahlt, auf deren Auf-

In schlimmen Händen.

Roman von Erich Schlattner.

(40. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Eine halbe Stunde später rollte Septimus durch die Nacht. Der Kutscher war verdammt mürrisch, daß man ihn aus den Federn geholt hatte. Septimus aber freute sich. Er wollte allein sein, er hätte unter keinen Umständen mit Asmus fahren können.

Carlson erwachte spät. Der Vormittag war weit vorgeschritten und die Sonne stand hoch am Himmel. Er richtete sich langsam und zaghaft auf. Wo war er nur? Er sah zum Fenster hinaus. Draußen lag die Dämmerung in frischer Morgenfrische. Die blauen Wogen rollten vor frischem Wind in die Bucht hinein. Es fiel ihm plötzlich ein: er war im Hotel. Der Weg fiel ihm ein, der lange, schreckliche Weg, mit dem er gar nicht fertig werden konnte. Immer hatte sich der Weg weiter gebogen und immer weiter und immer weiter; er war so entsetzlich müde geworden, die Beine wurden so schwer, er schaute sich nach Ruhe, aber der Weg hatte kein Ende genommen. Er hatte sich so redlich gequält, weil er gern ins Hotel wollte; mehr wußte er nicht. Er war aber doch hier angekommen, er hatte doch sein Ziel erreicht. Aber wie hatte er sich betrogen? Und mit wem war er zusammen gewesen? Sein Gedächtnis war völlig ausgelöscht. Er konnte die schlimmsten Dinge begangen haben, er wußte von nichts. Auf einmal sah er, daß seine Kleidungsstücke verschwunden waren. Ein banger Schreck ergriff ihn. Was war geschehen? Warum waren seine Kleidungsstücke fort? Er fuhr mit den nackten Beinen aus dem Bett und ging an die Tür. Er öffnete ganz vorsichtig, ganz leise; er schaute sich, daß jemand es sehen könnte, er hatte ein so schlechtes Gewissen. Es war niemand auf dem Korridor, an der Tür hing seine Kleider, sie waren ganz sauber; er hatte sie vielleicht zum Bürtchen hinausgehängt. Er holte sie herein, so vorsichtig, als wenn er ein Dieb wäre, der sie stehlen wollte. Dann begann er sich anzuziehen. Es war nur gut, daß die Kleider so rein waren, dann sah er wenigstens ordentlich aus. Er wusch sich. Das Waschen war ihm sehr unangenehm, aber er fühlte, daß es sein Aussehen beleben würde. Auf einmal prallte er entsetzt zurück, er hatte in den Spiegel gesehen. Er hatte blutige Stellen im Gesicht. Mein Gott im Himmel, was war doch nur geschehen? Ob man ihn geprügelt hatte? Die Pfeiferung stand auf dem Spiele, sein ganzes Gesicht stand auf dem Spiele. Er konnte sich so blamiert haben, daß er sich nie mehr auf der Straße sehen lassen konnte. Und das

an einem Festtag, wo die ganze Stadt versammelt war. Mein Gott, mein Gott, mein Gott! Er lehnte den Kopf an die Wand und begann leise zu jammern. Er jammerte still in sich hinein.

Es gewährte ihm eine Erlösung, sich ganz seiner Hilflosigkeit hinzugeben. Aber er mußte ja hinunter! Er mußte der falken Wirklichkeit entgegengehen; es half ihm ja alles nichts. Er faßte einen Entschluß. Nur schnell hinunter, um die Gewißheit zu erfahren, mochte sie auch noch so schrecklich sein! Auf der Treppe kam wieder die Angst, daß ihm jemand begegnen könnte. Der Atem drohte ihm zu stocken, als unter der Knecht durch die Hoftür hereinkam. Der Knecht grüßte aber ganz unauffällig; es ging gut.

„Hallo!“ rief ihm Dagmar munter entgegen. „Sie haben aber gut geschlafen!“

Eine Erlösung kam über ihn. Es konnte so schlimm nicht sein, wenn Dagmar fröhlich war. Sie waren auch glücklicherweise allein im Gastzimmer.

„Ich will Ihnen ein schönes Frühstück machen! Wir haben das Haus voll guter Dinge; von gestern, wissen Sie. Ich mache Ihnen eine Oxtailsuppe heiß. So recht brennend heiß und kräftig.“

„Ja, das könnte nicht schaden!“

„Wollen Sie einen Schnaps haben? Sie sehen so verzerrt aus!“ Durch Carlsons Körper ging ein beständiges Frösteln.

„Nein, nein, nein!“ Der Grog von gestern abend stand ihm noch in der Kehle.

Die heiße Suppe löffelte er mit Begier hinunter, es wurde ihm besser. Er wagte aber nicht, zu fragen, er fühlte sich so unsicher, er hatte Angst vor der Antwort. Er begann ruhelos durch das Zimmer zu treiben.

Dagmar kam mit einer Flasche Mosel in einem blinkenden Metallkübel.

„Trinken Sie,“ jagte sie mit einem Anflug von Ernst, „es wird Ihnen besser werden. Septimus hat mir gesagt, daß ich Ihnen etwas geben soll.“

Carlson trank, die Säure tat ihm wohl, er goß das Glas hinunter.

„Nicht wahr?“

„Ausgezeichnet!“ Er hielt die Flasche in der zitternden Hand und goß sich aufs neue ein.

„Es ist ein ganz leichter Wein. Sie können ruhig davon trinken.“

Carlson hadete die Kehle in Mosel. Es wurde ihm leichter, es wurde ihm wohl. Dagmar war in die Küche gegangen. Wenn sie zurückkam, wollte er sie fragen. Er mußte

endlich wissen, woher die blutigen Stellen kamen. Sie war ein Weib, mit dem sich reden ließ. Sie behandelte ihn auch immer so gut.

Dagmar kam und hielt ihm einen Teller hin. Es war ein feines, pikantes Frühstück.

„Was meinen Sie? fragte sie lächelnd.“

Carlson traute dem Frieden nicht recht; auf feste Substanzen war er noch nicht eingerichtet. Er nahm zögernd eine Scheibe mit Kaviar, es war immerhin ein gewagtes Unternehmen. Es ging aber ganz vortrefflich.

„Sehen Sie,“ triumphierte Dagmar.

Auch der rote Lachs war nicht übel und die marinierten Sachen wirkten geradezu wie Medizin. Er hatte seit gestern mittag nichts gegessen.

„Ich mache Ihnen ein zweites! rief sie in der Tür.“

Carlson lächelte sich auch am zweiten. Er fühlte förmlich, wie ein neues Leben ihn durchzamm. Das war ein delikater Bissen, den man zu Hause nicht haben konnte.

Inzwischen kam Dagmar mit einer neuen Flasche Mosel. Ich sehe mich zu Ihnen.“

Sie setzte sich ihm gegenüber. Sie legte leise ihre kleine Hand auf die seine, sie ließ ihre schelmischen Augen spielen. Sie berührte ihn leicht mit den Knien.

„Bin ich Ihr Freund, Carlson?“ fragte sie dann ernst und sah ihm in die Augen.

„Das haben Sie bewiesen.“

„Was quält Sie also nur? Wir können Sie es sagen.“

„Ich bin betrunken gewesen.“

„Die halbe Stadt ist betrunken gewesen.“

„Die blutigen Stellen im Gesicht.“

„Sie sind auf den schrägen Weg geraten. Sie sind gefallen. Das kann dem nächstbesten Menschen passieren.“

„Aber die Leute?“

„Die Leute wissen von nichts. Sie sind plötzlich krank geworden und sind hier geblieben. Das ist alles.“

„Sie werden es aber erfahren.“

„Und dann? Der Referendar hat auch hier geschlafen und hat eine halbe Flasche Cognac mit ins Zimmer genommen. Er war noch ganz betrunken, als er heute früh ins Gericht fuhr.“

„Ja, diese Herren...“

„Den dicken Ohren konnten die Knechte kaum in den Wagen tragen. Axel hat auch gewadelt.“

Carlson lächelte. Der dicke Ohren freute ihn von Herzen. Auch daß Axel gewadelt hatte, war als Trost nicht von der Hand zu weisen.

(Fortsetzung folgt.)

ahme die Gewerkschaftskarte die natürlich keinen Einfluss haben. Neuerdings verlegt sich die Firma E. Ulrich, Dresden und Leipzig, auf die Herausgabe eines in das Gewand einer politischen Agitationschrift gekleideten Reklameflattes. Die sozialdemokratische Partei des Deutschen Reiches in Wort und Bild, dessen Verlag sie den — Gewerkschaftskarte zumutet. Das Kartell soll die ganze Auflage gratis bekommen, für den Vertrieb noch obendrein 100 Mark erhalten und den Abgabepreis nach Belieben festsetzen können. Mit Vorliebe wendet sich die Firma, um die Ausnutzung ihrer Subskriptionsliste mit Inhalt von ärztlichem, gewerkschaftlichem oder politischem Interesse zu erreichen, an die Kartellvorstehenden oder Arbeitersekretäre, denen sie für ihre Bemühungen ein Extrahonorar von 100 Mark verspricht. Die genannte Karte soll einmal vor der Reichstagswahl, also in den Jahren 1915 oder 1916, und dann in zweiter Auflage nach den Wahlen herausgegeben werden. Es beharrt für die innere wohl kaum eines besonderen Hinweises, daß diese Art von Propaganda-Literatur nicht bloß wertlos, sondern auch geistlos ist, die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Interessen der Arbeiterbewegung ganz erheblich zu schädigen. Wir halten es aber auch dem Anschein der Gewerkschaften und Gewerkschaftskarte nicht zuträglich, ihre Publikationen durch Subskriptionslisten bezahlen zu lassen. Solche Angebote sollten grundsätzlich abgelehnt werden. Daß ferner gegen die Verlegung politischer Propagandakarten seitens der Gewerkschaftskarte in der gegenwärtigen Zeit der vereinsgesetzlichen Schranken ganz erhebliche rechtliche Bedenken bestehen, braucht kaum näher erörtert zu werden. Wir ersuchen deshalb die Gewerkschaftskarte, die Angebote der Firma E. Ulrich, Dresden und Leipzig, rundweg abzulehnen. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck dieser Warnung gebeten.

Drohende Differenzen bei Junter & Nuh in Karlsruhe. Verschiedene Male hatte neuer die Firma Junter & Nuh in Karlsruhe schon Differenzen mit ihren Arbeitern. Dank der guten Organisation der Arbeiter war es aber immer möglich gewesen, die von der Firma geäußerten Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses abzumehren. Dies scheint der Firma nun nicht recht zu passen und aufheißend arbeitet sie erneut auf einen Konflikt hin, denn sie ist jetzt durch Agenten in den verschiedenen Orten Deutschlands unorganisierte Arbeiter, die vor Eintritt eines Streiks zu unterzeichnen haben, den zufolge sie sich verpflichten, keine sozialdemokratischen Organisationen beizutreten. Im Betrieb selbst hat die Firma Vorrichtungen getroffen, um etwaige „zu römische“ Arbeiter gleich einzuorganisieren zu können. Sie hat nämlich freigegeben und Patronen in diesen Räumen zur Aufstellung gebracht. Zum Nachsehen nach arbeitet die Firma also auf einen wohl vorbereiteten Konflikt hin und wir ersuchen deshalb alle Metallarbeiter, auf die Verhandlungen der Agenten nicht hereinzufallen.

Eine vorbildliche Stadtverwaltung in Holland. Der holländische Gemeinderat übertrug nachträglich letzter Tagung in Amsterdam, einen Ausflug nach der nahen Hafenstadt Zaandam. Dort wurden die Delegierten auf dem Rathaus offiziell durch den Bürgermeister Gen. Teer Vaan empfangen. Zaandam hat eine sozialdemokratische Verwaltung und ist mit seinen Arbeitsbedingungen für die Gemeindefunktionäre vorbildlich. Die Stadt hat auch den Nachahmungslag für die Gemeindefunktionäre eingeführt. Gen. Teer Vaan sprach seine Freude darüber aus, eine so große und tüchtige Gewerkschaft offiziell ehren zu können. Er begrüßte insbesondere den Vertreter des Internationalen Gemeindefunktionäresekretariats, Gen. Alwin Mohs aus Berlin-Schöneberg, und betonte die internationalen brüderlichen Gefühle, die die Arbeiter der ganzen Welt verbinden. Gen. Mohs antwortete, daß wir in Preußen-Deutschland bei unsem bureaukratischen und militärischen Geist noch nicht daran denken können, die Rechtspositionen zu erlangen, die in Holland die Gemeindefunktionäre haben; er wünschte, daß in Deutschland auch sozialdemokratische Mehrheiten in den Gemeindefunktionären ähnlich vorbildlich wirken könnten, wie hier, und daß hier das gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Stadtverwaltung immer so bleiben möge.

Ortskrankenkassentagung.

k. Darmstadt, 13. Juli.
In der heutigen Hauptversammlung waren eine Reihe Vertreter von Behörden zugegen. Das Reichsversicherungsamt und zugleich das Reichsamt des Innern vertritt Regierungsrat Dr. Happe-Berlin, das heilige Landesversicherungsamt Geheimer Regierungsrat Dr. Dieh-Darmstadt, die heilige Regierung und das Oberversicherungsamt Oberregierungsrat Krug von Nidda-Darmstadt, die Stadt Darmstadt Oberbürgermeister Dr. Gläuling. Außerdem sind noch mehrere Bezirksregierungsämter und die österreichischen Krankenkassen vertreten.

Die Sitzung begann mit den üblichen Begrüßungsreden, die der Vorsitzende der Darmstädter Ortskrankenkasse, Redakteur Knoblauch, eröffnete. Er begrüßte die Versammlung aufs herzlichste und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Delegierten sich in Darmstadt wohl fühlen möchten.

Der Vorsitzende des Verbandes, Frähdorf, hieß die Delegierten und die Vertreter der Behörden herzlich willkommen. Er hob dann die Aufgaben des Hauptverbandes hervor: die allgemeine Krankenhilfe, Sammelstelle für alle wichtigen Entscheidungen, das Interesse der Kassengestellten zu fördern, Stellungnahme zu den Forderungen der Ärzte. So sind uns eine Fülle von Aufgaben geworden. Wir hoffen, diese Aufgaben nach der Organisation noch besser erfüllen zu können. Die Reichsversicherungsordnung sieht Mindest- und Höchstleistungen vor. Es wäre unser unwürdig, wenn wir nur die Minimalleistungen gewähren würden. Unser Ziel muß sein, die Mehrleistungen zu erreichen. Die soziale Reformarbeit kommt nicht nur der Arbeiterklasse zugute. Sie ist eine Notwendigkeit geworden und geradezu dem ganzen Vaterland zu Nutzen. Je mehr ein Staat auf diesem Gebiete arbeitet, desto mehr wird er in der Konkurrenz der Völker obliegen. Unser Verband befaßt sich nicht mit wirtschaftlichen und politischen Fragen, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer trennen. Es muß gleichgültig sein, welche politische Meinung der andere hat, der mit uns zusammen arbeitet. Ich hoffe, daß die Arbeitgeber nach wie vor mit uns in Frieden zusammenarbeiten.

Regierungsrat Dr. Happe-Berlin wünscht, daß die Verhandlungen gedeihlichen Verlauf nehmen und manche dringende Frage der Reichsversicherungsordnung durch die Tagung ihrer Lösung näherkomme.

Oberregierungsrat Krug von Nidda-Darmstadt hieß den Kongress in dem sozial fortgeschrittenen Hessen „wunderbar willkommen“. Es wird anerkannt, daß Sie seit Dresden viel erreicht haben, manches im harten Kampf. Die zu überwindenden Schwierigkeiten sind aber noch nicht zu Ende, besonders in der Rechnungslegung werden noch große Aufgaben zu lösen sein. Ich belege den Grundbesitz, daß nicht nur in die Selbstverwaltung der Halle — die ich beschränkt in — eingegriffen werden darf. (Lebhafter Beifall.) Lassen Sie uns auch weiterhin zusammenarbeiten: die Krankenkassen und die Versicherungsämter, zum Wohle der Versicherten. (Lebhafter Beifall.)

Oberbürgermeister Dr. Gläuling begrüßt die Tagung namens der Stadtverwaltung. Die Ortskrankenkassen seien die ersten Träger der sozialen Gesetzgebung. Er wünscht den Teilnehmern besten Erfolg.

Geh. Oberregierungsrat Dr. Dieh freut sich besonders, an der Tagung teilnehmen zu können, da er auch an der Gründungsversammlung in Frankfurt teilgenommen habe. Er verweist auf die engen Beziehungen zwischen Krankenkassen und Landesversicherungsanstalt. Ihre Angelegenheiten sind auch unsere Angelegenheiten und umgekehrt. (Sehr richtig!) Wir haben das eine Ziel im Auge: zum Besten der Allgemeinheit zu arbeiten. (Beifall.)

Es wird nun in die Tagesordnung eingetreten.
Der Redakteur der „Ortskrankenkassen“, Rechtsanwalt Dr. Berlin, macht

Mitteilungen über das Verbandsorgan, das frei von aller Parteipolitik im Sinne einer fortgeschrittenen Sozialpolitik geleitet werde. Alle Mitglieder können im Organ vom Wort. Daß dieses auf dem richtigen Wege sei, zeige, daß auf der einen Seite gesagt werde, die Zeitkritik sei sozialdemokratisch, auf der anderen, sie sei reaktionär. Diebner tritt um größere Mitarbeit der Praktiker an dem Organ und um dessen größere Verbreitung.

Frähdorf ermahnt, diese Mahnung des Referenten zu beachten. Das Organ müsse eine größere Verbreitung finden.

Ueber Die unmittelbare Abgabe von Arzneien und Heilmitteln durch die Krankenkassen

referierte nun der Vorsitzende der Ortskrankenkasse zu Frankfurt a. M.

Gräb: Die Ausgaben für Arzneien und Heilmittel seien so bedeutend gestiegen, daß man nicht achtlos daran vorüber gehen könne. Die Patienten der Krankenkassen würden viel mehr Arznei verbrauchen als die Privatpatienten. Da gemäß § 23 der R.V.O. die Kassengeldern die ihnen anvertrauten Gelder mündelhafter zu verwalten hätten, also für event. nachweisbaren Schaden haften, sei es eine besondere Pflicht derselben, auch beim Einkauf und Bezug von Waren für ihre Mitglieder die denkbar größten Ersparnisse zu machen. Der Engroshandel von Waren und die direkte Abgabe derselben an die Kassengeldnehmer bringe ersparnisgemäß so erhebliche Ersparnisse mit sich, daß keine Kassengeldverteilung auslos an der Frage der sogenannten Selbstdispensation vorübergehen sollte. Der Engroshandel ermögliche es auch, bessere Qualitäten einzuführen und eine größere und auch sicherere Kontrolle anzuknüpfen. Nährpräparate und auch kleinere Heilmittel, wie Triggare, Inhalationsapparate usw., können ohne Bedenken von den Kassen direkt abgegeben werden, da derartige Verordnungen meist von den Verwaltungen durch Abkempfung erst genehmigt werden. Verbandsstoffe usw. für die Spreekunden des Kassensystems werden wohl ebenso bedenkenlos direkt bezogen werden können. Bei anderen Artikeln ist zu erwägen, ob die Wege, die zuweilen den Mitgliedern zugewendet werden, im Verhältnis zu den Ersparnissen stehen. Jedenfalls darf den Kassen das Recht des Selbstdispensierens unter keinen Umständen genommen oder irgendwie geschmälert werden. Es ist auf das entscheidende dagegen zu protestieren, daß die Referentenverbände, die durch Gründung von Einkaufsgemeinschaften selbst rücksichtslos den Zwischenhandel ausgeschaltet haben, jetzt versuchen, Ausnahmegesetze gegen die Krankenkassen zu erwirken. Auch die Errichtung von Badeanstalten, Zahnkliniken usw. bringen neben ganz erheblichen Ersparnissen die Möglichkeit, den Mitgliedern erhebliche Leistungen zu gewähren zu können. Die Errichtung eigener Badeanstalten sollte an manchen Orten auch von den Ärzten aus Gründen der Hygiene und der Bekämpfung des Korpulenzums unterstützt werden. Die Frage eigener Herstellungstätten für optische Gegenstände, Bandagen usw. muß von Fall zu Fall erwogen werden, unter Anwendung größter Vorsicht und eingehender Prüfung und Würdigung aller in Frage kommenden Hemmnisse. Gräb schloß seine Ausführungen mit der Betonung, daß hier Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenstehen müßten, um auf diesem Gebiete die Interessen der Kassen zu wahren. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion ergänzten die Redner die Ausführungen des Referenten durch Beispiele aus der Praxis. Sie zeigten, wie durch eigene Abgabe von Arzneien und Heilmitteln Ersparnisse für die Kasse gemacht werden können. Gegen jede Einschränkung der Selbstversorgung von Arzneien durch die Kassen müsse man sich mit aller Entschiedenheit wenden.

Frähdorf-Dresden schilderte, wie bei der Dresdener Kasse die Prüfung der Rezepte und der ganzen ärztlichen Tätigkeit vorgenommen wird. Was für die Mitglieder notwendig sei, müsse gegeben werden. Aber wenn man alles so gehen lasse, könne man den Schwerkranken keine besondere Zuwendungen machen. Man müsse vermeiden, daß die Gelder unnötig ausgegeben werden. Die Krankenkassen sollten durch Schaffung eigener Einrichtungen eine gewisse Konkurrenz bilden, die fördernd wirke im Interesse der Krankenkassen.

Redakteur Happe-Berlin betonte, daß seine Kasse durch die Abgabe der freigegebenen Arzneimittel große Ersparnisse gemacht habe.

Münch-Worms (Apotheker) schlug vor, eine Kommission unter Zuziehung von Ärzten einzusetzen, die die ganze Frage gemeinsam beraten. Man solle das Kind nicht mit dem Bad ausschütten.

Vorsitzender Schölem erklärte, der Vorstand werde die Anregung nachkommen.

Nach weiteren Ausführungen stimmte der Kongress einstimmig den Vorschlägen des Referenten, die im Sinne seines Vortrages gehalten sind, zu.

Ueber die Formulare der Ortskrankenkassen verbreitete sich hierauf der Direktor der Berliner Ortskrankenkasse, Kohlen-Berlin. Seine Ausführungen haben nur für die Tagung Interesse. Mit dem Kongress ist eine Formular-Ausstellung verbunden, die der Referent bespricht.

Direktor Thier-Halle sprach sodann über

Die Stellung der Zwangsassen zu den Erntekassen.

Er legte seinem Vortrage Leitgedanke, in denen gesagt wird: Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung sind alle Personen, die in versicherungspflichtiger Beschäftigung stehen, zur Krankenversicherung anzumelden. Die Mitglieder der Erntekassen haben das Recht, das Nutzen der Rechte und Pflichten zu beantragen. Für diesen Fall ist dem betreffenden Arbeitgeber der Arbeitgeberbeitrag anzurechnen, während der Beitrag, der auf das Erntekassenmitglied entfällt, bei den Pflichtkassen unberührt bleibt. Diese Neuordnung hat eine wesentliche Vermehrung der betriebswirtschaftlichen Arbeit herbeigeführt. Sollte der jetzige Nachweis der Erntekassenmitglieder nur den Zweck haben, daß alle versicherungspflichtigen Personen bei den Pflichtkassen zur Anmeldung kommen, so würde dieser rein faktische Zweck dem Verwaltungsposten-Konno sehr teuer zu stehen kommen. Aus diesem Grunde wird man sich auf den Standpunkt stellen können, daß, wenn vier Fünftel dieser Beiträge an die Erntekasse selbst abgeführt werden müssen, die gesetzlichen Bestimmungen dahin abzuändern sind, daß die Mitglieder der Erntekassen dem Meldebewanze nicht mehr unterliegen. Die Pflichtkassen haben kein Interesse daran, wenn sie vier Fünftel der Arbeitgeberbeiträge an die Erntekasse abführen müssen, die Er-

ntekassenmitglieder durch ihre Bücher zu führen, weil der damit verbundene Kostenaufwand größer ist, als das eine Fünftel, welches der Kasse verbleibt. Es kann daher die heutige Besprechung nur zu der Entscheidung führen, für den Fall, daß der Bundesrat von der Bestimmung des § 518 der Reichsversicherungsordnung weitgehender Gebrauch macht, die Reichsversicherungsordnung dahin abzuändern, daß die Meldepflicht der Erntekassenmitglieder aufgehoben wird.

In der Debatte betonte Kohlen-Berlin, die jetzige Anmeldeart hätte Zustände herbeigeführt, die jeder Beschreibung spotten.

Frähdorf-Dresden: Der Vorstand hat in der Angelegenheit alles getan, um einen solchen Bundesratsbeschluss abzuwenden. Es ist ihm leider nicht gelungen. Es ist im höchsten Maße empörend, wie dieser Bundesratsbeschluss die Ortskrankenkassen in kaum glaublicher Weise belasten und zu Handlanger der Erntekassen machen. Selten hat eine Bestimmung des Bundesrats so verlegt wie diese; man muß sich gegen sie mit aller Entschiedenheit wenden. (Lebhafter Beifall.)

Kommerzienrat Simon-Berlin betont, die Entrüstung Frähdorfs sei durchaus berechtigt. Es sei notwendig, genügende Aufklärung über diese Bestimmung zu schaffen.

Die Vorschläge des Referenten finden hierauf fast einstimmige Annahme.

Am Schluß der Sitzung wird mitgeteilt, daß 211 Kassen durch 468 Delegierte, darunter 143 Arbeitgeber, 202 Versicherte und 121 Angestellte vertreten sind.

Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Soziales.

Vom Nutzen der Volksfürsorge. Der 24 Jahre alte Bauarbeiter H. in C s n a b r ü c k versicherte sich am 15. Mai 1914 nach Tarif III (10jährige Prämienzahlung) bei einer Halbmontatsprämie von 70 Pfg. für eine nach Vollendung des 40. Lebensjahres zu zahlende Versicherungssumme von 154 Mk. Er verunglückte am 2. Juli in einem Fußbade durch Ertrinken. Die Volksfürsorge zahlte, da der Tod durch Unfall erfolgte, die fällige Versicherungssumme von 140 Mk. alsbald an die Witwe aus. Im Prämien hat der Verunglückte 280 Mk. bezahlt.

Die Berufsrenten im Dienste der Agrarier. Auf dem Wiesener Landwirtschaftlichen Genossenschaftstag trat Dr. Alwin Mohs, Landesökonomikollegium warm dafür ein, daß die landwirtschaftlichen Genossenschaften sich mehr als bisher die Landarbeiter gewinnen sollen, um sie wirtschaftlich zu heben, damit sie auch Kleinbesitzer werden, sich als Landwirte fühlen und der soziale Frieden auf dem Lande erhalten bleibe. Man merkt hier schon die Absicht. Durch die Genossenschaften soll der Ausbreitung der Landarbeiterorganisation entgegengetrieben werden, die Arbeiter sollen für ihr eigenes Geld gehoben werden, das Geld der Arbeiter soll dem doppelten Zweck dienen, den Agrariern Darlehen zu schaffen und sie noch vor der Landflucht zu bewahren. Fein ausgedacht! Auch daß die ausländischen Feldarbeiter, die die patentdeutschen Agrarier herbeischleppen, die 600 Mark, die sie jährlich an ihre Familien schicken, lieber den Spar- und Darlehnskassen geben sollen, wünscht Herr Alwin. Und wozu sollen denn die Familien derer leben, die mit ihrem Großgeld ihren schlimmsten Feinden helfen sollen? In der Debatte wurde rundheraus erklärt, daß man mit der ganzen Sache nur Königstreu und Gottesfurcht — lies: die Junkerherbschaft — hüten wolle. Höchst aufrichtig war der Vorsitzende, Landesökonomierat Johanneken, er sagte, daß nur mit anständigen, in patriarchalischen Verhältnissen lebenden Arbeitern was anzufangen sei, die anderen, die fluktuirenden, würden, wenn sie die Mehrheit erlangten, die Leitung verlangen und dann müßte man die Besitzer, die da noch mitkämen, mit der Lupe suchen. Natürlich, wenn eine Leitung da wäre, die, statt die Preise zu treiben, etwa mit den Konsumvereinen in Fühlung träte — wozu Banddirektor Mayer-Darmstadt Erfreuliches berichtete — so hört alle genossenschaftliche Gleichheit und Treue sofort auf. (Echt agrarisch!)

Kommunales.

Sächsishe Steuerkürze. Die sächsischen Gemeinden mühen sich gegenwärtig ab, ihre Steuern mit dem neuen Gemeindesteuergesetz in Einklang zu bringen. Es kann hier nicht ausenendergelegt werden, mit welcher Kaftblütigkeit dabei die großen Geldsäcke geschont werden und wie über die Klagen der Arbeiter zur Tagesordnung geschritten wird. Aber ein besonderes Stücklein aus der Fabrikstadt Reichenbach rechtfertig ein Paar Zeilen. Dort hatten sich die Stadtväter zur Hebung der Geburtenziffer zu einer Ledigensteuer entschlossen, die alle die treffen sollte, die mehr als 1200 Mark Einkommen haben und noch unverheiratet sind oder sonst keinen Versuch zur Geburtenförderung unternommen haben. Zu dieser Kategorie gehörte auch ein schon etwas ältester reicher Herr, der alljährlich mehrere Tausend Mark Steuern an die Stadtkasse bezahlte. Der erklärte ergrimmt, keinesfalls die Junggefallensteuer zu bezahlen, sondern lieber in eine andere Stadt zu ziehen. Nun war guter Rat teuer. Allein sächsische Stadtväter sind erfinderisch. Da der um seinen Gebührentel besorgte Herr bereits das 45. Lebensjahr überschritten hatte, beschloß der Stadtrat, die Ledigensteuer nur bis zum 45. Lebensjahre zu erheben. Als die Stadtverordnetenversammlung den Ortssteuertarif zu beraten hatte, fiel es auf, daß die Grenze schon beim 45. Lebensjahre gezogen sei. Da begründete ein Stadtrat diese Maßnahme mit dem Geständnis, daß man einen reichen ledigen Steuerzahler von dieser Steuer ausnehmen müsse, weil dieser gedroht habe, sonst die Stadt zu verlassen. Dem energischen Eingreifen unserer Genossen ist es zu danken, daß diese für einen reichen Mann gebotene Extrawurst beseitigt wurde. Hier weiß man wirklich nicht, was man mehr bewundern soll: die Annahme der steuerunlustigen Kapitalisten oder den Mut des kapitalistischen Stadtrats zu solch faulstücker Interessenpolitik.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein gelber Führer. Heute, Dienstag den 14. Juli, findet vor der Hagener Strafkammer die Berufungsverhandlung in einem Prozeß statt, der verdient, kurz gemündigt zu werden. In einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung, die Ende März in Hohenlimburg in Westfalen abgehalten wurde, referierten die Bezirksleiter Martin aus Düsseldorf und der Gewerkschaftssekretär Hoffmeister aus Hohenlimburg über die gelben Wertvereine. Dabei behaupteten sie von dem Führer der Gelben in Hohenlimburg, dem Einbinder Trabert, daß er „nach einwandfreien Aussagen jugendlicher Arbeiter ein mit der Sittlichkeit kaum zu vereinbarendes Verhalten an den Tag gelegt habe, das vielleicht noch dem Staatsanwalt Gelegenheit zum Einschreiten geben werde.“ Trabert ließ zum Kadi. Es kam zu einer Privatklage gegen die beiden Gewerkschaftsangehörigen, ihren Gewährsmann, den Arbeiter Schief, den Redakteur Grünroth und dem demokratischen „Eidenschwender Volksstimme“, Genossen Böttcher, die in ihren Berichten die Anschuldigung gegen Trabert wiedergegeben hatten. In der Hauptverhandlung vor dem Hohenlimburger

Schöffengericht traten die Beklagten den Wahrheitsbeweis an, der glänzend gelang. Es wurde bewiesen, daß der Gelbführer einem jugendlichen Arbeiter den Geschlechtsteil aus der Hose genommen und darauf gespinn hatte; es wurde festgestellt, daß er, als einem anderen jugendlichen Arbeiter der Arbeitsmittel unter dem Riemens hervorram, die Hose heruntergezogen hatte. Weiter wurde durch mehrere Zeugen bestätigt, daß Trabert einem mädchenhaft aussehenden jugendlichen Arbeiter gesagt hatte, er wolle ihm den Geschlechtsteil untersuchen. Nachts in der Pause neben dem jugendlichen liegend, versuchte er auch, ihm an den Geschlechtsteil zu fassen, worauf sich dieser losriß und davonlief. Eines Tages meinte Trabert zu demselben jugendlichen Arbeiter, wenn er ein „Zwitzer“ sei, könne er „beim Militär Regimentsmarie spielen“. Einem anderen jugendlichen beschnitzte Trabert den Geschlechtsteil mit gelber Farbe. Doch neben diesen Dingen hat noch Aufzeichnungen Traberts ermittelt, über die man in einer Zeitung nicht berichten kann. Und was geschah, obwohl der Wahrheitsbeweis nicht besser gelingen konnte? Die fünf Angeklagten wurden verurteilt, und zwar Schief zu 20 Mk. und die übrigen zu je 50 Mk. Strafe. Und weshalb? Nun, weil es sich nach Ansicht des vorstehenden Richters um harmlose Fabrikserge handelte. Es heißt ausdrücklich im schriftlichen Urteil: „Gewiß ist nicht zu verkennen, daß die von den Zeugen bekundeten Vorfälle an sich gegen die Sittlichkeit verstoßen; andererseits aber sind derartige Späße und Redensarten in den Fabriken, besonders in solchen, in denen, wie beim Hüttenwerk, die Arbeiter nur mit Schweißmittel und Hose bekleidet zu arbeiten pflegen, bei den unbeschäftigten Arbeitern während der kurzen Arbeitspausen an der Tagesordnung. Nach Ansicht des Gerichts kann es sich bei den von den Zeugen bekundeten Vorgängen nur um durchaus harmlose Fabrikserge handeln, da bislang niemand darin etwas gefunden hat.“ — Man sieht, was sich ein Gelber erlauben darf. Ob das Urteil vor der Strafkammer in Hagen bestehen bleibt, ist allerdings sehr zweifelhaft.

Aus Nah und Fern.

Todessturz vom Luftschiff. Als das lenkbare Luftschiff „P 5“ in Udine landen wollte, wurde es plötzlich von einem heftigen Windstoße wieder fortgerissen. Von zehn Kanonieristen, die das Luftschiff hielten, ließen neun die Taue los, während einer in eine Höhe von 150 Metern mit fortgeführt wurde, aus der er herabstürzte. Er blieb tot liegen. Das Luftschiff konnte darauf landen, ohne eine Beschädigung erlitten zu haben.

Todesopfer der Hitze beim Militär. Das „Berliner Tageblatt“ läßt sich aus Frankfurt a. O. berichten: Im Grenadierregiment Nr. 12, an dessen Spitze der aus der Zaberndorfer befannte Oberst v. Neuter steht, sind zwei Todesfälle eingetreten. Das Grenadierregiment Nr. 12 war am Sonntag früh zu einer größeren Feldübungsübung unter dem Kommando des Obersten v. Neuter ausgerückt. Die Übung zog sich trotz der großen Hitze bis in die Mittagsstunden hin. Als das Regiment in die Stadt zurückkehrte, wurde in einem Wagen eine Anzahl marschunfähiger Leute, die infolge des heißen Wetters schlapp geworden waren, zurücktransportiert. An den Folgen sind zwei Leute des Regiments, ein Einjähriger und ein Grenadier, Sonntag nachmittag und Montag vormittag gestorben. Wie inzwischen festgestellt wurde, sind mehr als 100 Soldaten erkrankt.

Krieg im Frieden. Bei Versuchen mit unterirdischen Minen im Fort Witzn bei Reims erlagen zwei Soldaten giftigen Gasen, während drei schwer erkrankten.

Vorsicht beim Genuß von Fleisch. In Oberlind, Sachsen-Meinungen, sind vermutlich infolge Genußes schlechten Fleisches 200 Personen schwer erkrankt. Bis jetzt ist eine Person gestorben; bei mehreren scheint die Erkrankung lebensgefährlich zu sein.

Raubmord? Auf der Chaussee Hasselbe-Wendesjuch bei Blankenburg im Harz fanden zwei Radfahrer den Bierfahrer Rhten bewußtlos auf. Sie ließen ihn nach dem

Krankenhaus in Blankenburg überführen, wo er zwei Stunden später starb. Es scheint sich um einen Raubmord zu handeln.

Opfer der Berge. Blättermeldungen aus Innsbruck zufolge fanden Touristen auf dem Groß-Benediger in der Nähe des Untersulzbacher Tock die Leichen von vier unbekannten, vermutlich im Schneesturm umgekommenen Touristen. Eine Bergungsexpedition ist von Windisch nach Matriel abgegangen. Sie fand weitere drei Leichen. Es handelt sich vermutlich um eine größere Touristengesellschaft, die in einem Schneesturm umgekommen ist. Nach einer Blättermeldung aus Kuffstein wurden im Wilden Kaiser die Leichen zweier Münchener Touristen gefunden, die vom Kopfförgrat abgestürzt waren. Eine Führerexpedition ist zur Bergung der Leichen abgegangen.

Zwei Kinder vom Blitz erschlagen. Während eines Gewitters in Frankfurt a. M. wurden in einem Gartenhäuschen, wohin sie geflüchtet waren, zwei Kinder des Wachtmeisters Konrad Scheid von einem Blitzstrahl getötet. Der Wachtmeister, der im Garten arbeitete, wurde betäubt.

Die Trockenlegung der Zuidersee. Die Holländer gedenken durch Austrocknung der großen Meeresbucht, die als Zuidersee aus der Nordsee tief in ihr Gebiet eingreift, einen stattlichen Landzuwachs zu gewinnen. Bis zu den eigentlichen Ufern hat die Bucht eine Ausdehnung von etwa 5250 Quadratkilometer und ist im inneren Teil nirgends mehr als 5 Meter tief. Ihre Bildung war eines der größten Naturereignisse, die in geschichtlicher Zeit geschehen sind. Zwar war schon lange Zeit an dieser Stelle ein See, aber erst vor etwa 700 Jahren wurde durch eine ungewöhnliche Sturmflut die Landenge, die ihn von der Nordsee trennte, durchbrochen. Ob früher überhaupt keine Verbindung mit dem Meere bestand, ist freilich nicht ganz sicher zu ermitteln. Die Trockenlegung soll 33 Jahre dauern und die Kosten werden auf 315 Millionen Mark geschätzt. Die Landgewinnung würde in vier gesonderten Abschnitten vor sich gehen, deren jeder eine eigene Eindeichung erhält. Die dadurch trockengelegten Flächen würden insgesamt 211 000 Hektar umfassen. Sie würden nach Norden sämtlich abgeschlossen werden durch einen großen Damm, der von der Insel Wieringen nach der friesländischen Küste sich hinzieht und diese bei dem Dorf Picaam erreicht. Dieser Deich würde fast 30 Kilometer lang sein und müßte mit der Krone etwa 1/2 Meter über dem Amsterdamer Pegel liegen. Die Bauzeit ist auf neun Jahre bemessen. Zwischen den vier dem Meere abgeraumten Feldern würde in der Mitte ein großer Süßwassersee übrig bleiben, der durch Kanäle einerseits mit Amsterdam, andererseits mit der Inselmündung verbunden wäre. Die Wasserfläche würde eine reichliche Bewässerung des umgebenden Landes gestatten und dessen Wert erhöhen. Selbst wenn das Neuland zunächst nur für die Anlage von Viehweiden verwertet werden würde, könnte ein erheblicher Nutzen gezogen werden.

Furchtbare Missetaten. Ein 59jähriger Mann namens Simone Pianetta hat aus unbekanntem Gründen in Camerata Cornello einen Arzt, den Gemeinsekretär und dessen Tochter sowie vier andere Personen getötet. Der Mörder schweift noch in der Umgegend von Camerata umher. — In einem Wahnsinnsanfälle erschoss der aus Sez auf Krankheitsurlaub nach Drau gekommene Hauptmann Gouze seine Frau und seine drei Kinder mit einem Revolver, worauf er Selbstmord verübte.

Ein schweres Unwetter verursachte am 12. Juli in Paris wieder mehrere Erdstentungen. In der Rue Gaumartie erfolgte nachmittags eine Erdstentung von einem Meter Breite und einer noch nicht festgestellten Tiefe. Der Wagenverkehr ist unterbrochen. In der Rue Marivaug, gegenüber der Komischen Oper, kam gegen Abend gleichfalls eine Stentung in der Baugrube eines Neubaus vor. Ferner wurde ein Straßendamm in der Länge von fünf Metern mit in die Tiefe gerissen. Personen sind nicht verletzt worden. Auch auf dem Boulevard Ney trat mitternachts eine Erdstentung auf. Eine Automobildrosche mit zwei Per-

sonen fiel in ein sechzig Zentimeter tiefes Loch, das plötzlich im Straßendamm entstanden ist. Auch hier wurden Personen nicht verletzt.

„Hauti“ in Frankreich. Der Karikaturenzeichner Walz hat in Gerardme an der französisch-elsässischen Grenze eine Unterredung mit einem Mitarbeiter des „Matin“ gehabt, in der Walz erklärte, daß er vorläufig nicht nach Deutschland zurückzukehren gedenke, um seine Gefängnisstrafe zu verbüßen. Sein Gesundheitszustand lasse dies nicht zu. Er werde zu einer späteren Zeit nach Deutschland kommen und seine Strafe antreten.

Ueberschwemmungskatastrophe. In der chinesischen Provinz Huandun haben die Ueberschwemmungen unabsehbaren Schaden angerichtet. Hunderttausende von Einwohnern entbehren der notwendigsten Nahrungsmittel. Das Elend wird täglich größer. Unter der hungernden Bevölkerung machen sich Unruhen bemerkbar.

Beim Baden ertranken in Emmerich am Sonntag fünf Personen.

Riesige Hitze in Amerika. Im mittleren amerikanischen Westen herrscht eine riesige Hitze. In St. Louis zeigte Sonnabend nachmittag das Thermometer 109 Grad Fahrenheit. Zahlreiche Hitzschläge werden gemeldet, vier sind tödlich verlaufen.

Landverpachtung.

Am Donnerstag, dem 23. Juli 1914, vorm. präzise 11 Uhr, sollen im großen Saale des Bürgervereins, Königstraße 25, nachstehend verzeichnete Parzellen auf 10 Jahre, vom 15. Oktober 1914 ab gerechnet, öffentlich meistbietend verpachtet werden!

Vorstadt St. Jürgen:
Koppeln am Wege nach Wölkthof: Parzellen 1-5, 8-17, 47-49 und 51-54 b.
Auf dem lübischen Raum: Parzelle 164.
In der Dompoppel: Parzellen 165 und 166.
In der Mählbeckkoppel: Parzelle 168.
Auf dem Kaninchenborn: Parzellen 175 (1-9) und 176.
In der Kirschbreite: Parzelle 179.
Bei der Walmühle: Parzellen 183 und 184.

Vorstadt St. Lorenz:
Sumpffurtparzellen 1, 3, 4, 6, 8 und 18 u. Teil aus der Parzelle 1. Ferner die Parzellen I-IX, XI-XVII und XIX-XXII.

Parzellen 1-9 an der Schwartauer Chaussee.
Vorwerker Parzellen: $\frac{51}{(2) 45}$ und 46 und 47.

Vorstadt St. Gertrud:
Areal zwischen dem Radfahrweg und den Grundstücken an der Straßendorfer Allee Parzelle $\frac{531}{(100) 174}$ usw.

Parzelle 6 zwischen der Wakenig und dem Wege nach Brandenbaum.
Galgenbrookparzellen B 2 und C.

In den Landbezirken:
Koppel Kyperhorst bei Genin.
2 Parzellen in Moiskling.
Schulwiese in Straßdorf.
Die Karten und Nachtbedingungen liegen im Bureau des Finanzdepartements, Fleischhauerstraße 18, Zimmer Nr. 7, werktäglich zwischen 9 und 1 und 3 bis 6 Uhr zur Einsichtnahme aus.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten“ in den Kreisen des wert-tätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten“

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu ihrer Hochzeit, insbesondere dem Chorverein Lübeck danken herzlich.

W. Meins und Frau, geb. Gräpper.

Allen denen, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen, seinen Sarg so reich mit Kränzen geschmückt, insbesondere seinen Köhnen, die feiner so oft gedacht, danken herzlich.

Frau Liermann Wwe. nebst Kinder.

Kaufe jeden Posten ausgefärbtes Haar. Herm. Klompau, Ludwigstr. 88 u. Untertrave 20, II.

Frauen und Mädchen

für unsere Früchte-Konservenfabrik gesucht. (5520)

Schwartauer Honigwerke und Zuckerraffinerie Aktiengesellschaft Bad Schwartau.

Ein leeres oder ein möbliertes Zimmer zu vermieten. (5525) Kleiner Bauhof 2. I.

Kleines Haus an der Straße bei wenig Anzahlung zu verkaufen. (5522) Näheres Gr. Bauhof 3.

Billig zu verkaufen 2 Gehrock-Anzüge für schlanke u. mittl. Figur. (5534) Travelmannstr. 30, I. I.

Ein Jungäcker und eine wachsame Wolfshündin zu verkaufen. (5528) Heinrichstr. 10, part.

Meierei Schwartau
Inh.: Ph. Eitel — Fernspr. 2144
liefert Vollmilch und Milchprodukte aller Art in bester Qualität. (281)

Unsere Gesellschaftsspiele

haben sich bei groß und klein in kurzer Zeit sehr beliebt gemacht. Der beste Zeitvertreib für unsere Jugend, da die Spiele sehr unterhaltend sind und sie in keiner Familie fehlen sollten. Preis 60 Fig., Mk. 1.— und Mk. 1.80.

Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

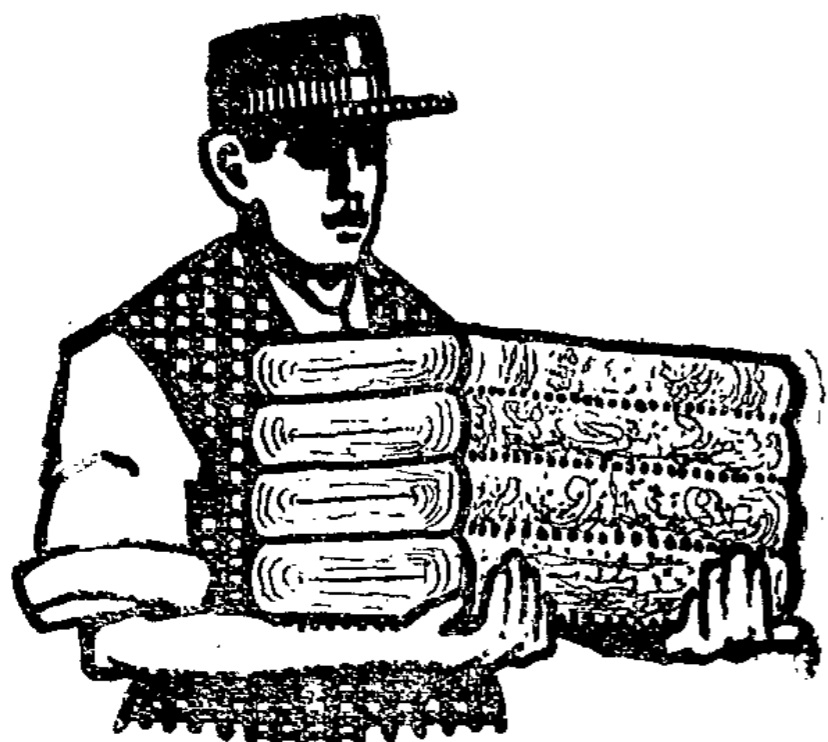
Übernahme ganzer Beerdigungen. Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blattkränzen. Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Unser großer
Saison-Ausverkauf
beginnt am
Mittwoch, dem 15. Juli

Wir bitten unsere Anzeige in der Mittwoch-Nummer gefl. zu beachten.

Gebr. Hirschfeld Breite Str. 39-41
Modehaus für Damen- und Kinder-Konfektion.

5588



Unser alljährlicher

Saison-Ausverkauf

beginnt am Mittwoch, dem 15. Juli und endet am
Dienstag, dem 28. Juli.



Wir stoßen ab: Große Posten zurückgesetzter Gardinen, Halbstores, Madras- und
Leinen-Garnituren, Decken, Vorhangstoffe usw.

Bei Restbeständen, angestaubten Waren
legen wir bares Geld zu!

Es lohnt sich auch ohne
vorliegenden Bedarf von unsren Angeboten
weitgehenden Gebrauch zu machen

Wer unsere normalen Preise kennt, weiß, daß wir von vornherein schon mit
diesen auffallende Vorteile bieten

5527

Beste Gelegenheit für Wiederverkäufer,
Anstalten, Hotels usw.

9 Verkaufsstellen in Hamburg-Altona,
Lübeck, Essen, Dortmund

Vertrieb von Erzeugnissen sächs. Gardinen-Fabriken Gustav Böhm & Co.

Für Lübeck und Umgebung: Lübeck nur Breitestraße 36

5537

Unser

Saison-Ausverkauf

beginnt am

Mittwoch, dem 15. Juli 1914.

In allen Abteilungen bedeutende Preisermäßigungen
bis 50 Prozent.

Ehlers & Reetwisch

Holstenstr. 1. Lübeck. St. Petri 2-4.

Beachten Sie unsere Schaufenster.

Auf alle regul. Ware 10% Preisermäßig.

Bückbeeren . . . Pfd. 20 Pfg.
Kirschen . . . Pfd. 20 Pfg.
Stachelbeeren . Pfd. 15 Pfg.
(Wiederverkäufer billiger)
empfehl (5536)

G.Prestia, Fleischhauerstr. 60.

Holsten-Meierei

Herrnstr. 2336 Lübeck. 11
empfehl alle Meiereiprodukte
in bekannter Güte.

Geschäfte, welche **Niederlagen**
übernehmen wollen, werden gebeten,
sich zu melden. (126)

Moisling.
Sozialdemokratische Frauen.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 15. Juli
abends 8 1/2 Uhr
im Lokal des Herrn Siemens,
Kaffeehaus.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 1. Quartal.
3. Anschlag.
4. Verschiedenes.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand. (5524)

Stadthallen-Sommertheater.

Dienstag, den 14. Juli:

Tangofieber.

Gr. Boße von Urban und Girsch
Mittwoch, den 15. Juli:

Mein Freund Teddy

Lustspiel von Kivorte und Besnard.
Donnerstag, den 16. Juli:

Die Journalisten.

Lustspiel von Gustav Freitag.
5532) Anfangs abendlich 8 1/2 Uhr.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Lübeck.

Einladung zum Sommerfest

bestehend aus Konzert, Herren-, Damen-
u. Kinderbelustigungen mit nachfolg. Ball
am Sonntag, dem 26. Juli 1914
im Gewerkschaftshaus.

Anfang 4 Uhr nachmittags.

Herrenkarte 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg.,
wofür Garderobe.

Abends bei gutem Wetter: **Große Illumination des Gartens.**

Karten sind bei allen Bezirkskassierern u. im Bureau zu haben.

Das Komitee. 5523

Konzerthaus Fünfhausen.

Heute Dienstag: Großes Tanzkränzchen.

Morgen Mittwoch: Großes Tanzkränzchen.

**Verband der
Fabrikarbeiter Deutschl.**
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, dem 15. Juli
abends 8 1/2 Uhr
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50-52

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht vom Gewerkschaftskongress
in München.
3. Wahl eines Voten.
4. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
5. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung
halber müssen sämtliche Mitglieder
erscheinen. 5539) Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater

Direktion Ernst Albert.

Heute, Dienstag, den 14. Juli:

Der Raub der Sabinerinnen.

Mittwoch, den 15. Juli:

Wiederholung der am Sonntag
wieder mit jubelndem Beifall
aufgenommenen Operette

Filmzauber.

Untern Linden, Untern Linden
Mühle, du kleine Mühle.
Ach Kind, ich schlaf doch so schlecht.

Donnerstag, den 16. Juli:

Der Sensationsschlag.

Schneider Wibbel

Anfang stets 8 1/2 Uhr. (5528)